

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnezeit für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sellenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Wahrer Reichtum.

„Mein Ich und seine Kräfte sind mein.“
Carlyle

Das Streben der meisten Menschen geht nach Erhaltung und Vermehrung äußerer Güter; nur wenige bedenken, daß das sog. Eigentum ein ständiger Trug ist. Ueber Nacht kann der Reiche zum Bettler werden. Viele Besitzende bleiben ihr Leben lang arm, weil sie der Geldsorge zum Opfer gefallen sind und deshalb das Geld zum Selbstzweck machen, anstatt es als ein Mittel zur inneren Bereicherung zu benutzen. Mancher Armer ist reich, weil er das Leben nach seinem wahren Verstande demüthigt, der nicht an der Oberfläche zu suchen ist.

Jeder Mensch trägt ein Gut in sich, über das er unumkehrbar Herrscher ist; es wurde ihm vom Schöpfer für dieses Leben anvertraut. Es ist das Ich mit seinen Kräften. Leider wird dieser einzig gesicherte Besitz von den meisten nach außen gerichteten Menschen nicht beachtet. Wer aber einmal zum vollen Bewußtsein seines Ichs erwacht ist, der sieht sich reich, und das Leben gewinnt für ihn eine tiefere Bedeutung. Man muß es erleben, wie ein Reichtum darin liegt, seine eigenen Gedanken formen, Welt und Menschheit in dem Keinen Gehirn gleichsam wiederherstellen und bearbeiten zu können. Welch ein Lustgefühl durchströmt die Seele, wenn sie erkennt, daß sie nach eigenem Willen ihr eigenes Tun und Lassen bestimmen, daß sie mit königlicher Freiheit ihr „Ich will“ oder „Ich will nicht“, sprechen darf! Und endlich — was ist alles klingende Metall, alle Herrlichkeit der Natur, selbst alle Schönheit der Kunst gegenüber der Welt von Gefühlen in der menschlichen Brust, die mit allen Graden der Kraft bis zur höchsten Leidenschaft, mit allen Schattierungen der Lust und des Schmerzes, mit allen Abstufungen des Guten und des Bösen Himmel und Weltall zu umspannen vermögen! Dazu ist diesem inneren Reichtum keine Grenze gesetzt.

Es kann niemand das Ich daran hindern, kräftiger, selbstständiger und eigenartiger denken zu lernen, immer mehr die eigene Urteilsfähigkeit auszubilden; es ist jedem möglich, seinen Willen zur zuverlässigen und heroischen Charakterstärke zu entwickeln; es ist jedem gegeben, die Welt der Gefühle immer harmonischer auszubauen und nur Eblen und Grobheit das Heft anzuvertrauen. Kein Mensch würde sich über Dede und Langeweile des Lebens beklagen, kein Mensch würde sich arm nennen, kein Mensch würde im Streben nach Unsterblichkeit aufgehen, wenn er seinen wahren Reichtum tief erfasse und einmal mit Staunen einsehe, wie ein Schatz ihm wurde im Ich mit seinen Kräften.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband als Schirmvogt der Kassenmarder!

In Pforzheim hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den Gipfel der Ausschmückung gewerkschaftlicher Grundsätze erreicht. Während der Aussperrung im vorigen Jahre wurden alle die, welche weiter arbeiteten, als Streikbrecher gebrandmarkt. Für seine Mitglieder aber nahm der sozialdemokratische Metallarbeiterverband das Recht in Anspruch, Arbeitswilligen die Verhältnisse zu klären, wenn hierfür eine „Legitimationskarte“ vom sozialdemokratischen Streikbureau ausgestellt war. Die Aufforderung an die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, vor den Arbeitgebern sich als Lügner hinzustellen, ist aller Welt noch in frischer Erinnerung. Das Ende der ganzen Bewegung war für die betroffenen, irregulierten Arbeiter eine vollendete Niederlage. Es werden Jahre vergehen, ehe die traurige Schuld sozialdemokratischer Streiktaktik in Pforzheim vom Jahre 1910 ausgelöscht sein wird. Die Folgen aber mußten wie immer die Arbeiter tragen. Diese Folgen, die den Arbeitern Lohnabzüge und Arbeitslosigkeit und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die nutzlose Verpöbelung einer halben Million Mark Arbeitergroßchen gekostet haben, sind wenig lobenswert. Trotzdem erhebt sich ein Vorhörer, der „Held“ in diesem Streik, in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ einen Wandbureauartikel gegen den christlichen Metallarbeiterverband zu schreiben.

Unter der Überschrift: „Der „christliche“ Metallarbeiterverband — ein Abzahlungsgeheimnis“, will Genosse Vorhörer unsern Verband den Teufel lesen, weil unsere Kollegen in Pforzheim es bei Auszahlung von Streikunterstützung an Neueingetretene so gehalten haben, wie es im Interesse einer Erziehung der Unorganisierten und zum Schutze gegen Kassenmarder notwendig ist. Bei Empfang der den Neueingetretenen bewilligten Streikunterstützung mußten diese einen Schuldschein unterschreiben, wonach sie sich verpflichteten, das Geld zurückzahlen, wenn sie nicht 3 Jahre dem Verbande treu bleiben wollten. Dieser Schutz vor Kassenmardern ist doch für wirkliche Gewerkschaftler eigentlich etwas selbstverständliches. Nur dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gefällt diese Praxis ausnehmend nicht. Man sollte es eigentlich nicht glauben, daß eine Organisation, die auf ihrer letzten Generalversammlung eine Beitragshöhung durchzuführen mußte, um ihre Kasse wieder in Ordnung zu bringen, gegen diese Schuldscheine polemisiert. Wenn bei einer Bewegung (Aussperrung, Streik), die Neueingetretene ausnahmsweise mit unterstützt werden müssen, so ist es nicht möglich, alle auf Herz und Nieren zu prüfen, ob sie es auch ehrlich meinen. Darum ist ein Schuldschein

das einzige Mittel um Kassenmarder später zur Rückzahlung der erhaltenen Beiträge zu zwingen, wenn sie es nur abgesehen hatten auf die Verbandsgelder ihrer organisierten Kollegen. Dann ist es vorgekommen, daß Spitzbuben in solchen Situationen die Gelegenheit wahrnahmen, um aus mehreren Verbandsklassen Streikunterstützung zu erheben. Das Geld erhalten und nach dem Streik wieder dem Verband den Rücken kehren ist doch höchst unmoralisch. Weil die Gelder unserer Kollegen für solche Elemente nicht bestimmt und auch zu schade sind, suchen wir unsere Kasse zu schützen, so gut es eben nur möglich ist. Wenn diese Sorgfalt bei der Verwendung der Arbeitergroßchen im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nicht obwaltet, so haben die Mitglieder wirklich alle Ursache, einmal nach dem Rechten zu sehen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sollte einmal in den eigenen Reihen nachsehen, wie viele Tausende Mark er an Leute bezahlt hat, die dem Verband wieder den Rücken gekehrt haben. Unser Verband hat über diese Ausreißer eine genaue Statistik aufgemacht und dabei gefunden, daß allein in den letzten drei Jahren 5122 Ausgetretene zusammen 235617 Mark! Unterstützung bezogen haben. Es ist ja nun nicht möglich, solche Auszahlungen vollkommen zu verhindern. Wohl aber ist möglich, durch erzieherische Einwirkung auf die Kollegen dahin zu streben, daß mehr gewerkschaftlicher Geist herrscht in den Reihen der Metallarbeiter und damit eine Verringerung der Zahl der Abtrünnigen. Wenn der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für eine solche Erziehung kein Verständnis hat, so ist das sehr zu bedauern. Bei den 103273 Mitgliedern die allein im Jahre 1909 aus diesem Verbandsverbande ausgetreten sind, hätte eine solche Arbeit sich gewiß gelohnt. Statt dessen verleiht sich diese Gesellschaft dazu, in ihrem blinden Haß gegen den christlichen Metallarbeiterverband alle gewerkschaftlichen Grundsätze vergebend, die Kassenmarder in Pforzheim zu schützen.

Hätte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in seiner Kassenwirtschaft eine solche gewerkschaftliche Fürsorge gepflegt, wie die christlichen Metallarbeiter, dann stände es um die Sache der Metallarbeiter heute um ein Bedeutendes besser. Wenn die größte heimische Metallarbeiterorganisation infolge finanzieller Ohnmacht vor Bewegungen ausweichen muß, wie es z. B. 1906 in Oberkain den Edelmetallarbeitern beiderseits war, so leidet darunter die Arbeiterschaft des ganzen Gewerbes. Auch in diesem Industriebereich tragen die Arbeiter so wie in Pforzheim heute noch schwer an den Folgen sozialdemokratischer Streiktaktik. Als gemacht, die „Metallarbeiterzeitung“ ist die letzte, die das Recht hat, dem christlichen Metallarbeiterverband wegen seiner Streikunterstützung als Darlehen gegen Schuldscheine an Neueingetretene Vorwürfe zu machen. Der christliche Metallarbeiterverband muß dem Genossen Vorhörer doch arg in die Quere gekommen sein, wenn bald zwei Spalten der Metallarbeiterzeitung erfüllt werden mit dieser Schuldscheinenangelegenheit. Bekannt sind ja noch allen Kollegen die giftigen Broschüren und durch Fälschungen gestützten Flugblätter und Zeitungsartikel dieses Genossen gegen unsern Verband aus Anlaß der Bewegung in Pforzheim. Es sei auch noch einmal daran erinnert, daß es derselbe Mann ist, der in dem Prozeß gegen die armen Streikenden aus Rheinfelden dem Staatsanwalt Beistand leistete. Da ist erst zu verstehen, wenn auch die Kassenmarder in diesem Herrn ihren Anwalt und Schirmvogt begreifen können — wenn es nur gegen den christlichen Metallarbeiterverband geht.

Ja, der Haß macht blind; so blind, daß ein Bezirksleiter vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband mit dem „Metallarbeiterzeitung“ die eigenen „Verhaltensreglements“ für die Ortsverbände des deutschen Metallarbeiterverbandes vergessen können. In diesem „Reglement“ wird ausdrücklich verlangt, Streikunterstützung nur an Mitglieder auszuweisen, die 26 Wochen dem Verbandsverbande angehören. Dann heißt es weiter:

„In außergewöhnlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, welche nur 13 Wochen dem Verbandsverbande angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben. Die gewährten Unterstützungen sind Darlehen, wovon die Empfänger Schuldscheine auszustellen haben.“

Warum also ein solch Geschrei?

Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ist doch schon lange üblich, was in Pforzheim unsere Kollegen taten. Wenn solche Schuldscheine von Mitgliedern mit 13 Wochenbeiträgen gefordert werden, dann doch wohl sicher vom Neueingetretene. Hebrigens ist diese Art der Sicherung beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an manchen Orten erfolgt und uns ist es nie eingefallen, dagegen zu polemisieren.

Beim Klempererstreik in Düsseldorf 1910 wurde unter Bezug auf eine gleiche Bewegung von 1907 den Neueingetretene als Voraussetzung für den Bezug von Streikunterstützung ein Formular zur Unterschrift vorgelegt, worin es heißt:

„Erklärung ist jedoch, daß der betreffende Kollege Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes bleibt und seine Verpflichtungen gewissenhaft nachkommt.“ (1)

Beim sozialdemokratischen Holzarbeiterverband besteht die Einrichtung, daß die ganze Streikunterstützung als Darlehen quittiert wird. Für den Fall, daß der Empfänger die Arbeit vor Beendigung des Streiks aufnimmt, muß er das Geld zurückzahlen. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat noch beim Streik auf Radebeurgarn über die

ausgezählte Streikunterstützung von Neueingetretene Schuldscheine ausstellen lassen. Wenn sie nicht 2 Jahre Mitglied des alten Verbandes bleiben, müssen die Leute das Geld wieder zurückbezahlen. Die Beispiele, wonach sozialdemokratische Verbände die Sicherung vor Kassenmardern durch Schuldscheine vollzogen haben, sind damit noch lange nicht erschöpft. Wir haben diese Praxis für richtig gehalten und dagegen kein Wort gesagt. Dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband blieb es vorbehalten, für die renitenten Kassenmarder in Pforzheim gegen den christlichen Metallarbeiterverband vorzugehen. Trotzdem in den eigenen Reihen, sogar in der Anweisung für die Ortsverbände dieselbe Vorsicht empfohlen wird, die unsere Kollegen in Pforzheim angewandt haben.

Sowohl kommt es beim „Deutschen“ Metallarbeiterverband, wenn blinder Haß die Feder führt. Vieles sind wir schon gewohnt von dieser Seite, Streikhebe und wenn es trifft, auch systematischer Streikbruch um den Gegner nieder zu machen. Dazu kommt nun noch, daß selbsteigentliche Anweisungen und eine im eigenen Lager geübte Praxis ignoriert werden, um dem christlichen Metallarbeiterverband entgegen zu treten. Ebenso fadenförmig sind die Anweisungen wegen Nichtanrechnung der Mitgliedschaft bei Übertritten und der Anweisung wegen der Enttragung der 2 M. Lokalunterstützung neben den 6 M. Unterstützung der Hauptklasse. Wenn dann aus diesen Dingen der Vorwurf gedrückt wird, unser Verband sei ein „Abzahlungsgeheimnis“, so fällt diese Bezeichnung auf die Genossen selbst zurück, die in ihrer Organisationsform schon Schuldscheine für Streikunterstützung ausstellen lassen, ehe christliche Gewerkschaften bestanden. Für unsere christlichen Gewerkschaftler und besonders unsere Metallarbeiter ist das Motto aus Goethes Faust an der Spitze des berühmten Artikels in der „Metallarbeiterzeitung“ bemerkenswert:

Nein, nein, der Teufel ist ein Egoist
Und tut nicht gern um Gottes willen,
Was einem andern nützlich ist.

Das mögen sich unsere Kollegen merken, wenn sie mit den Genossen zu tun haben. Auch in diesem Falle arbeitet die „Metallarbeiterzeitung“ nicht „um Gottes willen“ gegen den christlichen Metallarbeiterverband und für die Kassenmarder. Ihr Zweck ist Verdrängung und Verhöhnung, um im Trüben fischen zu können. Darum gehe uns angesichts eines solchen unehrlichen, eckhaften Kampfes in den kommenden Wintertagen die hohe Pflicht, für unsern christlichen Metallarbeiterverband energisch ins Treffen zu gehen. Die Erfolge unserer gewerkschaftlichen Arbeit liegen für alle Welt offen da. Unsere Mitglieder finden beim christlichen Metallarbeiterverband in allen Lebenslagen Schutz und Hilfe. Selbstverständlich sind die von christlichen Arbeitern geschaffenen Unterstützungen nur bestimmt für Kollegen, die ein Anrecht darauf erwerben und ehrlich mitkämpfen wollen. Wir erwarten nicht, daß die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ uns in unserer ernstesten Gewerkschaftsarbeit unterstützt. Wohl aber wünschen wir der „Metallarbeiterzeitung“ für ihre Leistung mit Faust:

„Ich wollt', du hättest mehr zu tun,
Als mich am guten Tag zu plagen.“

Das Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken

Ist Gegenstand einer Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform, unseres Verbandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Darin wird der Bundesrat gebeten:

die am 31. Mai 1912 abgelaufene Verordnung betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken vom 27. Mai 1902/6, Juni 1906 nicht zu erneuern, soweit die Zulassung jugendlicher Arbeiter zur Nachtarbeit in Betracht kommt, sondern die Vorschriften des § 136 G.D. über das Verbot der Nachtarbeit und der Mindestruhezeit der Jugendlichen auch auf Walz- und Hammerwerke auszudehnen.

Zur Begründung dieses Besuchs wird angeführt: Auf Grund des § 139a hat der Bundesrat durch die erwähnte, für zehn Jahre geltende Verordnung für Walz- und Hammerwerke in Abteilung I die Beschäftigung von Arbeiterinnen bei dem unmittelbaren Betriebe der mit ununterbrochenem Feuer arbeitenden Metallwalz- und Hammerwerke verboten und die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in solchen Werken überhaupt ausgeschlossen. Daß dieses doppelte Verbot auch weiter in Kraft bleibt, ist als selbstverständlich zu betrachten.

Dagegen ist in Abteilung II der Verordnung als Ausnahme von § 136 G.D., der allgemein für jugendliche Arbeiter die Nachtarbeit verbietet, die Beschäftigung junger Leute männlichen Geschlechts bei den unmittelbaren mit dem Feuer betrieb in Zusammenhang stehenden Arbeiten unter bestimmten Bedingungen auch während der Nachtzeit zugelassen.

Eine auf eine Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform vom 20. Februar 1909 von Reich wegen angeordnet, durch die Gewerbeaufsichtsbeamten veranlassete Erhebung über Umfang und Art der Nachtarbeit junger Leute in Walz- und Hammerwerken ist in ihren Ergebnissen in den Berichten

der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1909 mitgeteilt worden. Das Gesamtergebnis berechtigt zu dem Schlusse, daß diese Nachtarbeit junger Leute weder für den Produktionsprozess noch für die Schulbildung des Arbeitnachwuchses unentbehrlich ist.

Nach der erwähnten Erhebung wurden im Jahre 1909 von den rund 6000 Jugendlichen, die überhaupt in Werk- und Hammerwerken arbeiteten, nur 2016, also ein Drittel, in Nachtarbeit beschäftigt (in Preußen 1787, in Bayern 11, Württemberg 10, Baden 6, Elsaß-Lothringen 849, Oldenburg 3.) Viele Werke versahen völlig auf die Nachtarbeit der Jugendlichen; im Regierungsbezirk Arnberg stellt sie in 25 unter 63 Werken, im Regierungsbezirk Trier in 4 von 7, im Regierungsbezirk Düsseldorf sogar in 45 von 63 Betrieben mit ununterbrochenem Feuer; auch in den Werken der übrigen Bundesstaaten werden vielfach junge Leute zur Nachtarbeit nicht beschäftigt. Da, wo sie auch während der Nachtzeit herangezogen wurden, übten sie eine Minderheit der Gesamtzahl der auf den betreffenden Werken beschäftigten jungen Leute. Und es sind in der Regel die technisch weniger entwickelten Werke, die Nachtarbeit der Jugendlichen verwenden.

Nach der Art der Beschäftigung sind es ganz vorwiegend die mannigfaltigsten Hilfsarbeiten, zu denen die Jugendlichen während der Nachtzeit gebraucht werden. Von einer planmäßigen Ausbildung, einem methodischen Lehrgang ist fast nirgends die Rede. Die Jugendlichen lernen selbst durch Zuhören hier und da, sie gewöhnen sich an die Arbeit, sie sehen den älteren, erwachsenen Arbeitern die Handgriffe ab. Sogar von einer eigentlichen Anleitung ist nicht viel zu merken. Jedenfalls können die Jungen alles, was sie lernen, am Tage lernen und brauchen deshalb nicht der Nachruhe beraubt zu werden. In der Nachtzeit liefern sie nur „billige“ Arbeitskräfte, die jederzeit durch Erwachsene ersetzt werden können.

Von besonderem Belang für die Beurteilung der Verhältnisse sind die Mitteilungen des Gewerbeaufsichtsbeamten für Düsseldorf, in dessen Bezirk von allen in Deutschland die größte Zahl der Werke, der Arbeiter und der Jugendlichen vorhanden ist. In einer sorgfältig durchgeführten Darstellung aller Formen und Einzelheiten des Betriebs kommt er zu dem Ergebnis: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Einrichtungen, zu denen die Jugendlichen jetzt noch beim eigentlichen Werkbetrieb in den Nachtschichten herangezogen werden, ohne Schädigung der Industrie entweder durch erwachsene Arbeiter oder durch mechanische Einrichtungen bewirkt werden können.“

Das Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen ist eine der ältesten und strengsten Vorschriften des gesetzlichen Arbeiterschutzes in Deutschland. Von ihm hat der Bundesrat bisher, abgesehen von einzelnen Not- und Unglücksfällen, nur in sehr wenigen Industriezweigen, wo seinerzeit der Stand der Technik und die Rücksicht auf den gewerblichen Nachwuchs Anlaß boten, Ausnahmen zugelassen und auch diese meist nur auf bestimmte Zeit und unter scharfen Kautelen. Nach dem Ergebnis der amtlichen Erhebung von 1909 ist eine solche Ausnahme für die mit ununterbrochenem Feuer arbeitenden Werk- und Hammerwerke in keinem Betrade mehr gerechtfertigt. Es ist daher angezeigt, in diesen Betrieben nach Ablauf der Verordnung von 1902/1906 entweder sofort oder nach kurzer Uebergangszeit die Beschäftigung von Jugendlichen während der Nachtzeit gemäß § 136 B.G. zu untersagen und die jungen Leute der Wohlthat einer geregelten Nachtruhe teilhaftig werden zu lassen.

Die Gesellschaft für soziale Reform.

- Vorsitzender: Generalsekretär: Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch Prof. Dr. E. Franke. Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands. Fr. Wieser. Gewerkschaft der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. A. Hartmann.

Volkswirtschaft und Wirtschaftstheorien.

II

Wir haben das letzte Mal die Zünfte in ihrer Blütezeit kennen gelernt, haben ihre Bedeutung für das Gewerbe, ihre Stellung in der Stadtwirtschaft gewürdigt. Heute wollen wir ihre weitere Entwicklung betrachten. Wir teilen die Ge-

schichte der Zünfte in eine Blütezeit und in eine solche des Verfalls ein. Wir dürfen uns das natürlich nicht so vorstellen, als ob beide Perioden scharf abgegrenzt wären, oder daß die Entwicklung in allen Städten die gleiche gewesen sei. Wir finden vielmehr zahlreiche Uebergangsstadien, in denen Guttes und Schlechtes vereint war, bis letzteres schließlich die Ueberhand gewann.

Die Ursachen des Verfalls der Zünfte liegen sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Auf politischem: Die Bildung von Territorialstaaten, in denen keine Absolutismus herrschte, war den Zünften nicht günstig, die auf dem Prinzip der freien Selbstverwaltung groß und mächtig geworden waren. Obgleich die Bevormundung löste diese ab.

Auf wirtschaftlichem Gebiet gegen Ende des 16. Jahrhunderts machte sich in den Städten eine Ueberbevölkerung bemerkbar. Die Mehrzahl der in den Städten Wohnenden waren Gewerbetreibende. Es ist ganz natürlich, daß diese für ihre Produkte nicht mehr genügend Abnehmer fanden oder aber daß das Absatzgebiet des Einzelnen so klein wurde, daß er kaum, oder nur unter Aufbehrung sein Leben fristen konnte. Der Zustand besserte sich aber auch nicht nach dem dreißigjährigen Krieg. Die ungeheure Verminderung der Bevölkerung — insbesondere auch der Banndbevölkerung — ließ eine dem Gewerbe günstigere Aufnahmezustand nicht aufkommen. Dazu kam noch, daß auf der internationalen und internationalen Handels für die Entwicklung der Zünfte sich nicht günstig gestaltete — die Produkte fremdländischer Gewerbetreibender drangen in Deutschland ein, während sie die heimischen Erzeugnisse im Ausland kein Absatz war. Schon Ende des 17. noch mehr aber des 18. Jahrhunderts änderte sich aber auch die Organisation der Produktion in einer den Prinzipien der Zünfte entgegen gesetzten Weise. Der Kleinbetrieb wurde durch den Großbetrieb verdrängt.

Wie suchten nun die Zünfte der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse Herr zu werden? Versuchten sie etwa eine weitläufige Handels- und Gewerbepolitik, welche geeignet gewesen wäre, den einheimischen Produkten einen größeren Markt zu eröffnen und förderten sie die heimische Produktion, die unter den veränderten technischen und wirtschaftlichen Bedingungen einen weiteren Spielraum bedurfte hätte? Nichts von alledem: die alten Zunftverordnungen blieben bestehen — sie änderten aber ihren Zweck. Hatten die Zünfte früher für alle das Gewerbe Betreibenden Sorge getragen, hatten sie früher danach gestrebt, die Interessen der Konsumenten und Produzenten harmonisch zu versöhnen, so blieben sie jetzt dazu, einer kleinen Anzahl eine monopolartige Stellung, vielfach später auch eine sorglose Existenz zu schaffen. Jetzt kamen allmählich alle die Vorschriften auf, welche die Erleichterung der Erlangung der Meisterwürde bezweckten. Es wurden Wanderjahre für die Gesellen eingeführt, kostspielige und schwierige Meisterstücke verlangt; die Aufnahme als Meister wurde durch hohe Einschreibungsgebühren erschwert, welche die Gesellen kaum aufzubringen in der Lage waren. Wo die Zünfte es sich erlauben konnten, schlossen sie diese, d. h. es wurde nur noch eine bestimmte Anzahl von Meistern in einer Zunft zugelassen. Damit war die Konkurrenz auf ein Minimum beschränkt.

Ausdrücklich schlossen sich die Zünfte, wie das Gesagte beweist, gegen jede Neuerung ab. Die hohen sittlichen Aufgaben, die sie zu erfüllen hatten, gingen verloren. Gerade sagt treffend: „Die alten Genossenschaftlichen des Standes schlugen in die entweichenden Fesseln um, der Gemeinnut in Korpsgeist, das Streben nach Macht, Ehre und Ansehen der Genossenschaft in egoistisches Gewinnstreben, der alte Handwerksmoral in reinliche Eitelkeit, die Ehrliche in geschwätzter, oft nur der Selbstliebe als Deckmantel dienende Ehrsucht, die Pietät für Sitte in leerer Zeremonienfurcht, die Abgeschlossenheit gegen das Unwürdige in engherzige Exklusivität, der Sinn für Brüderlichkeit und Gleichheit in Konkurrenzsucht und Brotneid, das lebendige Gefühl für das öffentliche Leben in den Partikularismus einer auf ihr Monopol pochenden Körperschaft.“

Von dem größten Interesse ist für uns die Stellung, die die Zünfte und die Meister unter den veränderten Verhältnissen gegen die Gesellen einnahmen. Ich habe schon früher erwähnt, daß ein sozialer Gegensatz zwischen Meister und Geselle in der Blütezeit der Zünfte nicht bestand, denn jeder Geselle hatte begründete Aussicht, selbst Meister zu werden. Die oben dargelegte Entwicklung, die Ueberwindung der Zünfte, die Erschwerung der Aufnahme, machte natürlich

diese Aussicht immer unwahrscheinlicher. Damit war das Gesellschaften ein Lebensberuf geworden — es bildete sich ein Arbeiterstand. Mit dieser Tatsache änderte sich das Verhältnis zwischen Gesellen und Meister. Von der alten Herzlichkeit des Verkehrs war wenig mehr zu merken. Der Geselle wurde eben als Arbeiter behandelt, der vom Meister durch eine soziale Luft getrennt war. Dieser Umstand mußte den Boden für die Bildung von Interessengruppen auf Seiten der Arbeiter ebnen. Ihre Zustände konnten nur wesentlich erleichtert durch die schon bestehenden Bruderschaften. Diese verfolgten im Anfang durchaus religiöse Zwecke: mit diesen verbunden sich nun immer mehr andere, wirtschaftliche, die mit dem religiösen Charakter der Bruderschaften nicht gemein hatten. Die Gesellschaften waren eine von der Zunft vollständig getrennte Organisation, die nur für die Interessen ihrer Mitglieder, der Gesellen, einzutreten hatte. Die Leistungen der Gesellschaften bestanden in der Abgabe eines Gesellenbeitrags an den wandernden Gesellen, in der Aufnahme der Erkrankten in das „Spital“ und Verpflegung dabeist. Aber auch durchaus moderne gewerkschaftliche Zwecke verfolgten sie — Streiks waren keine Seltenheit, und da war es nur durch die Solidarität der Gesellen möglich, sie erfolgreich durchzuführen. Das Fernhalten des „Zuzugs“ konnte nur mittels der Gesellschaften durchgeführt werden. Den Nachschichtendienst übernahmen die wandernden Gesellen.

Die Stellung der Zunft zur Gesellschaft war meist keine freundschaftlich; diese mußte in den meisten Fällen um ihre Anerkennung kämpfen, oft blieb sie ihr auch verweigert. Auch dieser letztere Punkt mußte „modern“ an, wenn wir an den Kampf denken, den unsere Gewerkschaften gegen Unternehmerverbände und Unternehmer um Anerkennung zu führen hatten und vielfach noch zu führen haben.

Es liegt nahe, immer wieder eine Parallele zwischen Gewerkschaft und Gesellschaft zu ziehen. Da zeigt es sich denn auch, daß tatsächlich in zwei weiteren wichtigen Punkten Uebereinstimmung herrscht. Wir haben früher gehört, daß die Arbeitsbedingungen einseitig von der Zunft festgesetzt wurden — die Gesellen hatten dabei nicht mitzureden. Es war nur das Bestreben der Gesellschaften, auf die wichtigsten Teile des Arbeitsvertrages — Arbeitszeit und Arbeitslohn — einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Die Fälle sind nicht selten, in denen die Gesellschaft als Trägerin der Bewegung höheren Lohn verlangt. Das tat z. B. im Jahre 1485 die Müllerbrüder in Schwelm — sie hatten aber nicht nur die Zunft, sondern auch den Rat der Stadt gegen sich, der ihre Bestrebungen mit der Beschränkung der genossenschaftlichen Rechte beantwortete.

Die Arbeitszeit unter der Herrschaft der Zünfte war eine außerordentlich lange. Wir wissen, daß die der Schiffszimmerleute in Ulm von morgens 6 bis abends 6 Uhr dauerte; die Schmiede in den rheinischen Städten arbeiteten sogar von 3 Uhr morgens bis 6 Uhr abends! Das Streben der Gesellen ging nun hauptsächlich dahin, einen freien Tag in der Woche zu erhalten. Der „blaue Montag“ spielt eine große Rolle in den wirtschaftlichen Kämpfen jener Zeit. Unberechtigt kann dieses Streben nicht genannt werden, wenn wir die lange Arbeitszeit betrachten; auch unnützig war ein solcher freier Tag nicht, da ihm die Gesellen zu ihren Versammlungen brauchten, die sie nicht an Sonn- und Feiertagen abhalten durften. Als Begründung des Verlangens nach dem blauen Montag mußte meist das Bedebedürfnis dienen, das auch tatsächlich im Mittelalter eine bedeutende Rolle spielt.

In dem Ausgeführten können wir die allmählich veränderte Zweckbestimmung der Zünfte — allerdings vielfach verursacht durch die wirtschaftlichen Verhältnisse — klar erkennen, auch die dadurch bedingte Umänderung des Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen haben wir uns klargemacht. Es erübrigt nun noch, kurz die Bestrebungen zu einer den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten Umformung der Zünfte darzulegen, um dann auf die Ideen einzugehen, welche im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung, ihren endgültigen Sturz herbeigeführt haben.

Der Arbeitsmarkt im August.

Der Arbeitsmarkt weist im August eine außerordentlich günstige Gestaltung auf, besonders für die Metallindustrie. Aus allen Teilen des Reiches wird ein guter Beschäftigungsgrad gemeldet — so aus Berlin, Rheinland, Westfalen, Hessen,

Kohlenstoff-Druck.

Es bestehen zwei Verbindungen zwischen Kohlenstoff und Sauerstoff, welche in verschiedener Hinsicht in der Technik eine große Rolle spielen; es sind dies die Kohlenäure und das Kohlenoxydgas. Die Kohlenäure ist im freien Zustande ein Bestandteil der atmosphärischen Luft, sie entsteht ferner an vielen Stellen der Erde direkt aus dem Boden, ist in manchen Mineralwässern in ziemlicher Menge vorhanden und bildet als kohlenäurehaltige Gase ganze Bergwerke. Ein großer Teil der Schweizer und Tiroler Alpen besteht bekanntlich aus kohlenäurehaltigen Kalk oder Dolomit, welcher letzterer ein Gemisch von kohlenäurehaltigen Kalk und kohlenäurehaltiger Magnesia ist. Außerdem bildet sich die Kohlenäure bei der Gärung zuckerhaltiger Substanzen, so namentlich bei der Gärung von Wein und Bier. Schließlich entsteht die Kohlenäure bei der Verbrennung kohlenstoffhaltiger Körper, wie Steinkohle, Holz, Koks u. Die Kohlenäure ist nicht atembare, und ruft daher bei Einatmung größerer Mengen Erstickung hervor. Da bei dem Atmungsprozess von Mensch und Tier gleichfalls Kohlenäure entsteht, so würde die atmosphärische Luft bald so reich an Kohlenäure werden, daß das Leben der Menschen und der Tiere unmöglich gemacht wäre. Daß dies nicht geschieht, hat die Natur selbst in großartiger Weise dafür gesorgt, daß die Blätter unserer Pflanzen, die von Menschen und Tieren ausgeatmete Kohlenäure wieder in ihre Bestandteile, Kohlenstoff und Sauerstoff, zerlegen; der Sauerstoff geht als Lebensluft wieder in die Atmosphäre zurück, während der Kohlenstoff zum Aufbau der Pflanzen, zur Bildung von Stärke, Zucker, Holz u. in denselben dient.

Da Kohlenäure in großer Menge zu den verschiedensten Zwecken gebraucht wird, wie zur Darstellung von künstlichen Mineralwässern, zum Heben des Wassers beim Bergbau usw., so wird sie in sehr großer Menge künstlich dargestellt. Man hat wohl verschiedentlich versucht, die den Mineralwasserquellen entstehende Kohlenäure oder die Kohlenäure, welche bei der alkoholischen Gärung von Bier und Wein entsteht, technisch nutzbar zu machen. Es haben sich jedoch dabei so viele praktische Schwierigkeiten herausgestellt, daß man wieder

dabon abgesehen ist. Die technische Darstellung geschieht meist in der Weise, daß man kohlenäurehaltigen Kalk mit Salzsäure behandelt, oder aber auch, was wohl jetzt der meistverbreiteten Weg ist, daß man die beim Glühen (Brennen) von kohlenäurehaltigen Kalk frei werdende Kohlenäure auffängt, und mittels Anwendung von Druck und Kälte in den bekannten Kohlenäureflaschen, die man heutzutage fast in jedem Haushalt sehen kann, verflüssigt. Da, wie oben erwähnt, die Kohlenäure in großer Menge bei der Verbrennung von Kohle in allen unseren Feuerungsanlagen entsteht, so ist man in neuerer Zeit dazu übergegangen, die aus den Fabrikpfeifen entstehende Gase zur Herstellung von Kohlenäure zu verwenden. Diese Gase bestehen bei gut geleiteter Verbrennung fast nur aus Kohlenäure und Stickstoff. Durch ein eigenes Verfahren werden diese beiden Gase getrennt und jedes für sich verflüssigt. Die Gaseflaschen der so gewonnenen Kohlenäure (auch des Stickstoffs) sollen billiger sein wie bisher und wird diesem Verfahren daher eine große Zukunft zugesprochen.

Obwohl Kohlenäure beim Einatmen erstickend wirkt und schon nach ganz kurzer Zeit der Einatmung den Tod zur Folge hätte, so sind dennoch Unfälle, die durch Einatmen von Kohlenäure entstehen, in der Technik äußerst selten. Wenn von solchen Unfällen dennoch hier und da berichtet wird, so geschähen diese meistens in den Kellern von Wein, welche leichtsinniger Weise ohne geeignete Vorsichtsmaßregeln betreten werden. Man braucht zum Betreten solcher Räume, die Kohlenäure enthalten können, nur ein vorgehaltenes Kerzenlicht mit sich zu führen; erlischt dasselbe, so ist das Betreten des Raumes strengstens zu vermeiden.

Gefährlicher als die Kohlenäure ist das Kohlenoxydgas, welches alljährlich leider die Ursache einer Reihe von Vergiftungen ist, die sehr oft einen tödlichen Verlauf nehmen. Das Kohlenoxydgas ist zu etwa 10% in Rauchgas enthalten, ferner im Generatorgas, in den Gichtgasen der Hochofen und in dem sogenannten Wassergas, welches letzteres über 40% Kohlenoxydgas enthält.

In der Metallurgie spielt das Kohlenoxydgas eine sehr wichtige Rolle, indem es den Erzen ihren Sauerstoff entzieht. Letztere werden bekanntlich nach genügender Vorbereitung

in den metallurgischen Oefen mit Kohle gemischt und erhitzt. Durch Verbrennung der Kohle, wobei vielfach künstlich am besten erhitzte Luft zugeführt wird, entsteht Kohlenäure; diese aber wird durch den Ueberschuß an glühender Kohle zu Kohlenoxydgas reduziert. Dieses Kohlenoxydgas entzieht wiederum, indem es sich zu Kohlenäure verwandelt, den Erzen den Sauerstoff, wodurch die Metalle entstehen.

In den Oefen, welche den verschiedenen Metallgewinnungsöfen entströmen, sind größere Mengen Kohlenoxydgas enthalten. Früher entströmten diese frei in die Luft und waren daher die Ursache mancher Unfälle. Seit einiger Zeit werden diese Gase durch geeignete Auffangvorrichtungen gesammelt, wodurch nicht nur die Einatmungsgefahr beseitigt, sondern ein sehr schätzbares Heizgas gewonnen wird.

Die meisten Vergiftungen ereignen sich wohl nicht in der Technik, sondern bei unverständiger Behandlung der Oefen, die unsere Wohnräume heizen, sowie beim Verbrennen von Koks in offenen Öfen, wie es oft zum Auströmen von Neubauten geschieht. Ist hierbei aus irgend einer Ursache der Zutritt der Luft ein unvollständiger, so entsteht Kohlenoxydgas, welches in die Zimmer entströmt und von dessen Einatmung eingetmet wird. Die Ursache der Kohlenoxydbildung liegt meistens in dem unverständigen Schließen der Ofenklappen.

In Amerika, wo wegen den nicht hierzu geeigneten Eigenschaften der amerikanischen Kohlen kein Leuchtgas, wie wir es kennen, hergestellt werden kann, sondern nur durch Ueberleiten von Wasserdampf über glühende Kohlen ein aus Wasserstoff und großen Mengen Kohlenoxyd bestehendes Gas zur Beleuchtung bereitet wird, sind Vergiftungen durch Kohlenoxyd in Wohnungen sehr häufig.

Die Wirkung des Kohlenoxydgases besteht darin, daß es sich mit dem Hämoglobin des Blutes verbindet, und dieses dadurch unfähig macht, beim Durchströmen in den Lungen Sauerstoff aus der eingeatmeten Luft aufzunehmen. Bei rechtzeitiger Hilfe, bei welcher namentlich Einatmung von künstlichem Sauerstoff unschätzbare Dienste leistet, ist manchmal noch Rettung möglich.

Dr. L.

Waffen-Raffin. In unserer Industrie kamen auf 100 offene Stellen für männliche Arbeitskräfte 172 Arbeitsgelegenheiten gegen 178 im Vormonat und 202 im August des Vorjahres. Die Lage im August d. J. war also günstiger als im gleichen Monat des Vorjahres und im Juli d. J. Der Stand, den der Arbeitsmarkt seit Beginn dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr genommen hat, läßt uns besonders für die Entwicklung der Metallindustrie günstige Schlüsse ziehen. Der weibliche Arbeitsmarkt ist gegen den Vormonat ziemlich gleich geblieben, gegen den August des Vorjahres weist er eine Verbesserung auf. Es kamen im August d. J. auf 100 offene Stellen 85 Arbeitsgelegenheiten, im Juli dagegen 81 und im August des Vorjahres 88. Von den eigentlichen (männlichen) Metallarbeitern lagen insgesamt 2023 Arbeitsgelegenheiten vor, denen 1088 offene und 813 besetzte Stellen gegenüberstanden. Im Vormonat lauteten diese Zahlen 3573, 1406 und 1114. In der ganzen Gruppe Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate wurden 80 121 (82 864) Arbeitsgelegenheiten gegen 46 489 (46 448) offene und 38 989 (39 793) vermittelte Stellen gezählt. Die Arbeitsgelegenheiten weiblicher Arbeitskräfte erreichten insgesamt 2152 (2227), offene Stellen waren 1739 (1712) und besetzte 1345 (1435) vorhanden.

Die an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Betriebsfrauenklassen aus unserer Industrie weisen am 1. September eine Zunahme von 984 Versicherungspflichtigen gegen den 1. August auf.

Nicht so günstig als für die Metallindustrie ist das Bild, das sich uns bei der Betrachtung des Gesamtarbeitsmarktes bietet. Der Unterschied gegen den Juli ist zwar sehr gering, jedoch man annehmen kann, daß die Lage im Allgemeinen die gleiche geblieben ist, doch hat in einigen Gewerben der Rückgang schon recht lebhaft eingesetzt. Die Berichte aus den einzelnen Landesstellen lauten sehr bezeichnend, nur aus Baden wird gemeldet, daß ein gewisser Stillstand in der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes nicht zu verkennen ist. Im Juli kamen auf je 100 offene Stellen für männliche Arbeiter 141 Arbeitsgelegenheiten, im August dagegen 142. Dieser weist also eine kleine Verschlechterung gegen den Vormonat auf. Gegen den August des Vorjahres zeigt der Berichtsmonat dagegen eine nicht unerhebliche Besserung. Auf 100 offene Stellen kamen hier nämlich 164 Arbeitsgelegenheiten. Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte hat im August sowohl gegen den Vormonat als auch gegen den August des Vorjahres eine, für den ersteren Fall zwar ganz unbedeutende, Verschlechterung gebracht. Auf 100 offene Stellen kamen im August d. J. 90 Arbeitsgelegenheiten, im Vormonat dagegen 89 und im August des Vorjahres nur 87.

Bei den 735 im August an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweiser waren insgesamt 368 000 (363 000) Arbeitsgelegenheiten männlicher Arbeitskräfte eingelaufen, denen 259 000 (258 000) offene und 213 000 (212 000) vermittelte Stellen gegenüberstanden. Die Arbeitsgelegenheiten weiblicher Arbeitskräfte betragen insgesamt 75 000 (66 000), bei offenen Stellen 63 000 (74 000) und die besetzten Stellen 49 000 (43 000). Die Zahl der in Krankentassen versicherungspflichtigen Mitglieder weist am 1. September eine Zunahme der Beschäftigungsziffer gegen den 1. August von 13 982 Mitgliedern (4650 männliche und 9312 weibliche) auf.

Der Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes.

Wie aus den Berichten über den Arbeitsmarkt, so läßt sich auch dem Joeben vom Stahlwerksverband herausgegebenen Geschäftsbericht über das 7. Geschäftsjahr (1. April 1910 bis 31. März 1911) un schwer erkennen, daß wir im Zeichen eines kräftigen Aufschwungs stehen. Dies geht zunächst aus den wachsenden Verkaufsziffern hervor. Der Verband an Halbzug betrug 1 557 262 To., an Eisenbahnmaterial 2 010 892 To., an Formeisen 1 769 529 To., insgesamt 5 337 683 To., das sind 320 470 To. mehr als im Geschäftsjahr 1909/10. Täglich kommen im Durchschnitt 17 245 To. zum Versand gegen 16 514 t. J. 1909/10. Der Mehrertrag stellt sich demnach auf 731 To. pro Tag.

Das Geschäft in Halbzug wird im allgemeinen als gut bezeichnet, nur im 2. Vierteljahr 1910 wurde es durch die Bauarbeiterausperrung ungünstig beeinflusst. Nach deren Beendigung hat sich der Absatz aber wieder gehoben und blieb bis zum Ende des Geschäftsjahres durchwegs befriedigend. Der Inlandsabsatz betrug 1910/11 56 000 Tonnen weniger als 1909/10, eine Erscheinung, die auf die Errichtung eigener Stahlwerke durch Halbzugverbraucher zurückzuführen ist, die dann natürlich als Abnehmer des Stahlwerksverbandes wegfallen. Das Auslandsgeschäft ist in Halbzug sehr günstig beurteilt. Der Gesamtverband an Halbzug betrug 1909/10 1 572 977 To., also 15 715 To. mehr als im abgelaufenen Geschäftsjahr. Von ihm entfallen 63,08% auf das Inland und 36,92% auf das Ausland, gegen 66% bzw. 34% im Vorjahr. Wir haben hier die an sich erfreuliche Vermehrung der Ausfuhr von fast 3%. Das Inlandsgeschäft in Eisenbahn-Oberbaubedarf hat durch die Sparpolitik der deutschen Staaten, die meist nur stark reduzierte Aufträge brachte, gelitten. Preußen hielt mit seinen Bestellungen sehr zurück, ebenso die Reichseisenbahn. Am Schlusse des Geschäftsjahres gingen allerdings noch Nachtragsbestellungen ein, jedoch sich der Gesamtbezug der preussisch-hessischen Staatsbahnen doch um 60 000 To. höher stellte als 1910.

Die Aufträge in Gruben und Selbstbahnschienen waren besonders in der ersten Hälfte des Berichtsjahres lebhaft, in der zweiten Hälfte war bis zum Beginn des neuen Jahres, wo sich wieder eine Besserung einstellte, der Markt ruhig. Nach Rückschlüssen herrschte starke Nachfrage bis in den Winter hinein. Die Abplanung, die nun erfolgte, lehrt periodisch um diese Jahreszeit wieder. Recht vorteilhaft entwickelte sich der Auslandsmarkt in höherem Eisenbahnmaterial. Große Aufträge, auch solche, die sich über mehrere Jahre erstrecken, gingen ein. Der Bedarf unserer Kolonien war nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung des Marktes. Die erzielten Preise waren befriedigend. In Gruben- und Selbstbahnschienen war das Geschäft nicht ungünstig, doch hier wie bei Hilfschienen wird über verstärkte ausländische Konkurrenz geklagt.

Wie günstig sich gerade der Versand an Eisenbahn-Oberbaubedarf entwickelt hat, zeigt die Tatsache, daß 1910/11 256 959 Tonnen mehr versandt wurden als 1909/10. Eine besonders große Steigerung hat der Versand ins Ausland erfahren, der 44,08% des Gesamtverbandes betrug; 1909/10 stellte er sich nur auf 34,47%. Der Inlandsabsatz betrug in diesem Jahre 55,92% des Gesamtverbandes, gegen 65,53% im Vorjahr.

Der Absatz des Formeisens ins Inland, der bei Beginn des Geschäftsjahres recht lebhaft war, spürte natürlich ebenfalls die Bauarbeiterausperrung. Mit ihrer Beendigung besserte sich das Geschäft und blieb bis Ende 1910 befriedigend;

in dem weiteren Aufschwung der Bauindustrie stand die ungünstige Wetterung entgegen. Eine lebhaftere Entlastung erlebte das Geschäft erst, als im Februar und März d. J. die Bauindustrie sich in die Formeisenabfuhr nach dem Ausland beizog. Im Jahre 1910/11 auf 22 000 To. mehr als im vorhergehenden Geschäftsjahr. Der Auslandsabsatz stellte sich auch für Formeisen außerordentlich günstig. Besonders Großbritannien trat in Schiffbaumaterial als guter Abnehmer auf; auch in Belgien herrschte lebhaft Nachfrage. Vom Herbst letzten Jahres stand das Geschäft etwas ab, war aber nicht verfrüchtend, bis es im März d. J. wieder sehr stark einsetzte. Der Absatz ins Ausland hat im Berichtsjahr die enorme Steigerung von 57 000 To. gegen 1909/10 erfahren. Von dem Gesamtabsatz von 1 769 529 To. entfallen 74,36% auf das Inland, 25,64% auf das Ausland, gegen 76,54% und 23,46% im Jahre 1909/10.

Die Beteiligungsziffer an Halbzug betrug 1 397 476 To., der Versand mit 1 557 262 To. übertrifft sie also um 159 786 Tonnen, oder 11,43%. Hinter der Beteiligungsziffer von Eisenbahn-Oberbaubedarf mit 2 420 122 To. bleibt der Versand um 409 230 To. oder 16,91% zurück; die Beteiligungsziffer an Formeisen betrug 2 421 483 To., der Versand blieb hinter dieser Zahl um 651 954 To. oder 26,92% zurück.

Auffallend und recht befriedigend ist in diesem Geschäftsjahr die Entwicklung der Ausfuhrzahlen. Sie sind im Verhältnis zum Gesamtabsatz so günstig wie noch nie. Dieser allerdings bleibt noch mit 219 114 To. hinter dem günstigsten Jahr 1906/07 zurück, das einen Versand von 5 756 797 To. aufwies. Bis heute ist diese Zahl nicht weiter erreicht worden.

Ueber den Versand von B-Produkten sagt der Bericht nichts, doch geht aus den graphischen Darstellungen, mit denen er versehen ist, hervor, daß er größer war als in den vorhergehenden Jahren.

Der Geschäftserfolg des Stahlwerksverbandes, der ja in Form einer Aktiengesellschaft konstituiert ist, ist in der Bilanz dargestellt. Das Aktienkapital beträgt 400 000 Mark. Die wichtigste Zahl ist das Guthaben der Gläubiger, wofür weist die Bilanz des Stahlwerksverbandes, das 60 450 157 M. beträgt, den ein Schuldenposten der Wöhner von annähernd gleicher Höhe, nämlich 60 074 995 M. gegenüberüber.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands

Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands fand am 18. und 19. September in Dresden statt und vereinigte eine große Anzahl Delegierter zur Beratung ihrer Landesinteressen. Die erste Vorsitzende des Verbandes, Fräulein v. Goldmann-Warlinghausen, eröffnete die Tagung und begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste. Unter den letzteren befanden sich die Vertreter der Verbände und Vereine der auf gleichem Boden arbeitenden Verbände und Vereine, die alle ihre besondere Freude über die tatkräftige Mitarbeit der Arbeiterinnen im Verband aussprachen und darauf hinwiesen, wie wertvoll die Gefinnungspflege, die in den evangelischen Arbeiterinnenvereinen getrieben wird, für unser ganzes Volksleben sei. Von allen Seiten wurde dem Verband lebhafteste Unterstützung zugesagt.

Mit großem Interesse wurden drei Resolate entgegengenommen über „die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die nationale Arbeiterbewegung“ von Herrn Pastor Drechsler-Kleinwachow bei Dresden, „Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die innere Mission“ von Herrn Pastor Schöffel und „Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die christliche Frauenbewegung“ von Fräulein E. v. Werthern, welche die innere Zusammengehörigkeit markierten, welche zwischen der Arbeit des Verbandes und diesen drei großen Arbeitsgebieten und Volkswohlfaht besteht.

Der Geschäftsbericht gab ein erfreuliches Bild von der Tätigkeit des Verbandes. Das Verbandsorgan „Die deutsche Arbeiterin“ wird in ca. 4500 Exemplaren gelesen. Besonders lebhaft wurde einige Urträge der Vereine betr. Einrichtung von Spargelegenheiten für die Vereinsmitglieder, Einrichtung von sozialen Ausbildungskursen zur Schulung von Arbeiterinnen zu Vorstandsmitgliedern und Beamtinnen der Vereine und die Anträge betr. Ausgestaltung des Verbandsorgans.

In den Wanderversammlungen wurden folgende Vorträge gehalten, die anregende und fördernde Diskussionen hervorriefen: 1. Die Gartenstadt Kettnerau, 2. Erholungsheime für Arbeiterinnen, 3. Verantwortung der Mitgliederbeiträge, 4. die Arbeit in den Arbeiterinnenvereinen, 5. Kinderausflüge.

Jede Auskunft über den Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine erteilt das Sekretariat Hannover-Döhren, Bahnhofsstraße 1.

Der angebliche „Raub des Selbstverwaltungsbrechts“

in der Krankenversicherung, der noch immer in der sozialdemokratischen Agitation herumspukt, wird selbst von objektiven denkenden Sozialdemokraten nicht ernst genommen. Auf dem Kongress des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen, der Mitte Juli in Dresden abgehalten wurde, führte der bei den Sozialdemokraten als Autorität im Versicherungsweesen geltende Obergenosse Fräulein u. a. folgendes aus:

„Der Verband wird auch unter dem neuen Recht kräftig wirken für die Interessen der Rassenmitglieder, und dann wird es sich bei der nächsten Generalversammlung in Köln bereits herausgestellt haben, daß die Krankenversicherung seinen Boden unter den Füßen hat und daß die an die Reichsversicherungsordnung von Bürokraten und Reaktionsären geknüpften Hoffnungen zerschanden geworden sind.“ (Langensalztender Beifall.) (Bericht der Essener sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ Nr. 162, 1911.)

Der Ansicht sind auch diejenigen, die der Reichsversicherungsbauordnung trotz ihrer Mängel schließlich zugestimmt haben. Wer aber der Heberzeugung ist, daß die von Bürokraten und Reaktionsären an das neue Gesetz geknüpften Hoffnungen zerschanden werden, muß die sozialdemokratische Heberzeugung als Demagogie aufz entzweien beurtteilen. Die Heberzeugung Fräulein wird man bei Hebern noch oft entgegenhalten können.

Eine haltlose Verdächtigung

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Haupt hatte am 28. April als Zeuge vor Gericht behauptet, die christlichen Gewerkschaften dürften keine Arbeiterinteressen vertreten, weil sie politische Gebilde seien. Noch vor ungefähr 4 Monaten hätten sie vom Abgeordneten Passermann Geld erhalten. Auf eine offene Anfrage nach der wahren Umständen dieser

Belstrenbe schweig Herr Haupt und sein Beiborgan, die „Pflücker Post“, rund 2 Monate. Auf nochmalige Herausforderung wollte die „Pflücker Post“ mit Vorgängen bei der Nachwahl im Kreise Siegen aus dem Jahre 1909 berichten, daß Herr Passermann 1911 den christlichen Gewerkschaften Geld gab. Um die Sache aber vollständig klar zu stellen, wurde von christlicher Gewerkschaftseite bei Herrn Passermann angefragt, der durch seinen Vertreter folgendes mitteilen ließ: „Im Auftrage des Herrn Passermann beehre ich mich, Ihnen unter Bezugnahme auf Ihre Zuschrift vom 18. Juli d. J. mitzutellen, daß Herr Passermann von der Angelegenheit nichts bekannt ist.“

Somit ist auch von dieser Seite bestätigt, daß Herr Haupt vor Gericht die Unwahrheit gesagt hat. Trotzdem ist nicht ausgeschlossen, daß diese Verdächtigung über kurz oder lang in der sozialdemokratischen Agitation, die ohne Vergeßlichkeit der Wahrheit zum einmal nicht auskommt, wieder auftaucht.

Weiße Schwindeleien.

In einem Bericht über die Tagung „nationaler Arbeiterverbände“ am 31. Juli in Dresden berichtete die gelbe „Deutsche Fleischergehilfen-Zeitung“ Nr. 11 u. a. folgendes:

„Ferner wurden die Verbände beauftragt, Material inbezug auf die schamlose Klampfenweise der christlichen, kirchlichen, und sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber den nationalen Verbänden zu sammeln und dem Hauptauschuß zuzusenden. Bei der Aussprache dieses Punktes kamen ganz unerhörte Fälle von Terrorismus zur Sprache. Schüh- Augustburg führte folgendes aus: „Sein Vater hätte ein gangbares Geschäft verloren, weil er als Sohn sich statt an der christlichen, an der nationalen Organisation beteiligte, und hätte seinen alten Vater nicht die Siemens-Schuckertwerke ausgenommen, hätte er seine alten Tage von Almosen leben können.“

Vom christlichen Gewerkschaftskartell in Augsburg wurde am 20. August in der „Neuen Augsburger Zeitung“ beim Aufheben der vorstehenden Behauptung angefragt, wann, wo und auf welche Weise die christlichen Gewerkschaften in Augsburg diese „Moritka“ begangen haben sollen? Eine Antwort ist bis heute noch nicht erfolgt. In Augsburg ist von einem solchen Fall nicht das geringste bekannt. Die Behauptung des gelben Herrn Schüh ist frei erfunden.

Gelbe Arbeiterinteressen, Vertretung.

Die gelben Arbeitervereine wollen, wenn man ihren Wortführern glauben könnte, auch Arbeiterinteressen vertreten, und zwar besser und wirksamer als die Gewerkschaften. In Wirklichkeit haben sie bis heute aber stets das Interesse der Unternehmer wahrgenommen. Als feinerzeit die organisierten Arbeiter der Augsburger Maschinenfabrik in einer Bewegung zur Verbesserung ihrer Verhältnisse standen, machten die Gelben eine Eingabe an die Direktion, worin sie sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit wandten. Jeder fühlte, daß es sich um bestellte Arbeit handelte.

Eine ähnliche Tätigkeit gegen die Interessen der Arbeiter führt dem Beobachter der gelben Bewegung Tag für Tag auf. „Der Arbeiter“, das Organ der Krupp'schen Gelben, brachte in seiner Nr. 23, 1911, einen Artikel unter der Überschrift: „Instrumente des Unfriedens“, worin die Arbeiterausschlüsse in Grund und Boden verdonnert wurden. Der Artikel war der christlichen Zeitung entnommen, und der „Arbeiter“ gab den Schärfermachern seinen Segen mit der Anmerkung: „Es erübrigt sich, diesen Darlegungen etwas hinzuzufügen.“

Für denkende Arbeiter erübrigt es sich, dieser Charakterisierung gelber Arbeiterinteressen, Vertretung“ etwas hinzuzufügen.

Rundschau.

Die gegenwärtige Teuerung gibt der Sozialdemokratie einmal wieder die erste Gelegenheit, die Wunden am Gesellschaftskörper offen zu halten, d. h. zum Heben und im Trüben fischen. Die Hauptschuld an der Teuerung soll nach den sozialdemokratischen Agitatoren die deutsche Wirtschaftspolitik tragen. Demgegenüber mögen unsere Kollegen einmal folgende Tatsachen beachten und das sozialdemokratische Schwindeleien nicht ernstlich: 1. Die Teuerung ist eine internationale Erscheinung. Beweis: Die Teuerungskrawalle in Frankreich, Belgien, Oesterreich usw. 2. Sie tritt in den Freihandelsländern Belgien und England genau so in die Erscheinung wie in den Schutzländern Frankreich, Oesterreich und Deutschland. 3. Die Produkte, die überhaupt keinen Zoll unterliegen — Kartoffeln, Milch usw. — werden am meisten von der Teuerung betroffen. 4. In dem Freihandelsstaat England sind die Arbeitslöhne von 1890 bis 1908 um 61%, die Preise für Lebensmittel dagegen um 11% gestiegen. Für Deutschland berechnet der bekannte sozialistische Volkswirtschaftler Richard C. A. die Steigerung der Löhne von 1895 bis 1909 auf 37 bis 39%, die Steigerung der Lebensmittelpreise auf 25%. Im freihändlerischen England wäre demnach also eine Verschiebung von 4,9% zu ungunsten der Arbeiter, in Deutschland eine solche von 12% zu gunsten der Arbeiter eingetreten.

An der Wirtschaftspolitik kann die Teuerung also nicht liegen. Die Sozialdemokratie beschämmt aber durch ihr demagogisches Geschrei die heutige Lage noch beäugend. Gewisse kapitalistische Großhändlerkreise allein haben ihre Freude an dem übertriebenen Teuerungsgeschrei, da sie unter diesem Eindruck bequem an ungemessene Preisaufschläge machen können. Gerade auf diesen Punkt, daß das übertriebene Teuerungsgeschrei nur dem spekulativen Handel zugute käme, haben auch sozialdemokratische Schriftsteller wie Schippel und Calmer wiederholt hingewiesen. Demnach ist das Treiben der Sozialdemokratie nur zu bezeichnen als ein Verrat an den Interessen des Volkes.

Was der Zentralauschuß der vereinigten deutschen Innungsverbände von den Reichstagskandidaten alles fordert, ist ziemlich viel, und wir glauben kaum, daß sich mancher Reichstagskandidat findet, welcher den Wunschzettel unterschreibt. Teilweise sind die Forderungen ergreiftionär. Weil die Forderung 4 den Geist kennzeichnet, der in diesen Kreisen herrscht, sei sie hier wiedergegeben. Sie lautet:

„4. Weitgehende Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber bei der weiteren Ausdehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung und Auflegung der dafür erforderlichen Mittel nicht mehr auf die Schultern der Arbeitgeber allein, sondern auf allgemeine Kosten.“

b. Ablehnung insbesondere von Arbeitskamern, der Arbeitslosenversicherung; dagegen Schutz der Arbeitswilligen.

Wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn die Handwerker voranzubringen trachten. Die Frage aber, ob ihnen vorstehende Scharfmaße dazu verhelfen, kann nur dahin beantwortet werden, daß die Handwerker schwer auf dem Holzwege sind, wenn die das glauben. Die Arbeiter sind doch sozusagen auch Arbeiter, auf die Rücksicht genommen werden muß. Ober glaubt man etwa in Zinnblech, die Arbeiter würden sich zu der Rolle der bekannten „Kälber“ ergeben? Also: „Leben und leben lassen!“

Von einem amerikanischen Spioniersystem in der deutschen Industrie ist in letzter Zeit vielfach die Rede gewesen. Danach haben amerikanische Fabrikanten, um ihren deutschen Konkurrenten den Rang abzulaufen, versucht, durch Beschäftigungen Internas und Geheimnisse der Betriebe zu erfahren. Jetzt sollen fremde Ingenieure und Techniker in deutschen Fabriken untergebracht werden, welche nachher die gesammelten Erfahrungen unter dem Sternenbanner verwenden sollen. Ja, die Panzer scheuen nicht davor zurück, deutsche Angestellte durch Geldangebote zum Verrat von Fabrikationsmethoden und Produktionsbedingungen zu verleiten. Die bayerische Finanzindustrie hat eine ganze Reihe von Fällen ermittelt, in denen Fabrikanten dieser Branche durch bezichtigtes Vorgehen ganz erheblich geschädigt wurden. Mehrfache Klagen kommen von der Solinger Stahlschmelzwarenindustrie; hier wollten die Amerikaner die Arbeiter durch hohe Versprechungen lockern. Nach der deutschen Industriezeitung haben sich bedauerlicherweise deutsche Arbeiter der Textilindustrie zu solchen Spionagediensten für das Ausland mißbrauchen lassen. Durch Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind Mittel zur Ausfüllung bereit zu werden, die angeblich einer Statistik über die Verhältnisse dienen sollen. In Wirklichkeit wird aber damit eine Erkundung der gesamten Produktionsbedingungen in dem oben geschilderten Sinne betrieben, denn es werden Ermittlungen angestellt über Artilekt, Bindung, Garnnummern und -dichte, Ketten- und Schußverhältnisse, Arbeitszeit, Stufensystem, Tariflohn u. a. m. Aus einem Aufsatz „Deutschland“ am Kopfe des Fragebogens ist zu schließen, daß es sich hierbei um ein nicht nur auf unsere Textilindustrie ausgedehntes, sondern um ein regelrechtes internationales System handelt. Solcher Daten halten wir nationalgefehlte Arbeiter nicht fürig. Daher können wir uns eine besondere Parierung an die Adresse unserer Kollegen ersparen. Man sollte aber meinen, daß gewisse Kreise unserer Industriellen sich nun, wenigstens im Interesse der heimischen Industrie, das Ziel setzen mit der „großartigen Bewegung“ (s. nach Bodmann) etwas abzuwehren.

Bewertungswertes von einer Verschmelzung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Die Maschinenfabrik Deutschland in Dortmund, welche für das letzte Geschäftsjahr 10% Dividende verteilt, ist in das Eigentum des Stahlwerkes Hoesch übergegangen. Zu der Verschmelzung bemerkt die „Rheinische Zeitung“, sie hätte, wie so viele andere, ihre eigentliche Ursache in dem zurzeit durch die deutsche Großindustrie gehenden Zug zur Vereinigung der auf den verschiedenen Stufen der Eisenverarbeitung gelegenen Unternehmen. In dieser Beziehung kommt bei der Maschinenfabrik Deutschland in Betracht, daß die Herstellung von Eisenbahn-Überbaumaterial, insbesondere von Eisenbahnweichen, einen wichtigen Betriebszweig ihres Unternehmens bildet. Durch die Vereinigung mit dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch entfällt für die Maschinenfabrik Deutschland die Notwendigkeit, die Halberzeugnisse für diesen wie für andere Betriebszweige kaufen zu müssen, während andererseits das Eisen- und Stahlwerk Hoesch mit der Angleichung der unmittelbar an seine Anlagen anschließenden Maschinenfabrik Deutschland seine Stellung in der Eisenverarbeitung weiter befestigt. Hoesch gibt für die Maschinenfabrik Deutschland 900 000 M. Aktien; darüber hinaus plant Hoesch aber noch eine weitere Kapitalerhöhung von 2 300 000 M., und zwar zur Verstärkung der Bau- und Betriebsmittel. Da man weiß, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoesch über sehr reichliche Rücklagen und Mittel verfügt, so liegt die Vermutung nahe, daß erhebliche Betriebsweiterbildungen und Neuanlagen bei dem Stahlwerk Hoesch geplant sind, zumal ihm aus der Begehung der 2 300 000 M. junger Aktien zum Kurse von 210 1/2 insgesamt 4 830 000 M. neuer Mittel zufließen.

Die die „Dortmunder Zeitung“ schreibt, haben die Gründer der Maschinenfabrik Deutschland 1872 bei ihrer Gründung gleich großen Grundbesitz erworben. Damals war das Land in jener Gegend vor den Lören Dortmunds sehr billig; die Fabrik lag im freien Felde. Heute flutet auf diesem Gelände durch schöne breite Straßen ein großer Verkehr. Die Grund- und Bodenpreise sind wohl um das Zwanzigfache gestiegen, und die Maschinenfabrik Deutschland hat aus Verkäufen schon schweres Geld heringebracht. Heute ist ihr Grundbesitz noch so groß, daß bei einem Verkauf mehr als das ganze Aktienkapital herauskommen würde. Da die Grundstücke an das Gelände des Eisen- und Stahlwerks Hoesch anschließen, ist der Erwerb der Maschinenfabrik Deutschland für Hoesch in bezug auf die Erweiterungspläne von nicht geringer Bedeutung.

Aus der Metallindustrie. Die Abschlußziffern der Deutsch-Luxemburger Bergwerks- u. Hüttenaktiengesellschaft zeigen für 1910/11 folgendes Bild: Rohgewinn 19 955 797 M., Abschreibungen 9 000 000 M., Reingewinn 10 955 797 M., Dividende 9 900 000 M. = 11%. Die Zahlen des Aufsichtsrates betragen 402 289 M. Mit dem Vorjahr sind die Ziffern nicht zu vergleichen, weil inzwischen die Dortmunder Union zu Deutsch-Luxemburg gekommen ist. Der Rohgewinn der Gelsenberger Erz- und Ofenfabrik beträgt 544 907 M. Nach Abzug von 92 194 M. Abschreibungen und 256 163 M. allgemeinen Unkosten verbleiben 196 544 M. Reingewinn, sodaß einschließl. des Vortrages von 30 178 M. 226 722 M. zur Verfügung stehen. Der Aufsichtsrat schlägt vor, der Rücklage 10 000 M. zuzuführen, 10% = 150 000 M. Dividende (wie im Vorjahr) zu verteilen, an Gewinnaktien 18 118 M. zu zahlen und 48 604 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat der Düsseldorf-Eisen- und Drahtindustrie er gab einen Betriebsüberschuß von 1 174 059 M. Nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 379 385 M. zu folgender Verwendung: 8% Dividende = 288 000 M., Gewinnanteile 54 104 M., Vorkonten 10 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 36 362 M. Die Salzgenießerei vorm. Koch u. Co. A.-G. erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Abzug der Geschäftsunkosten einschließl. Vortrag aus dem Vorjahr einen Rohgewinn von 173 485 M. Der Aufsichtsrat wird der am 28. Oktober stattfindenden Hauptversammlung vorschlagen, für Abschreibungen 45 053 M. zu verwenden.

6589 M. der geschätzten Rücklage, 3000 M. der Lohnsteuer rücklage zu überweisen, 6% = 66 000 M. Dividende zu verteilen und 47 350 M. vorzutragen. — Rameshoff & Schmidt, A.-G. in Delbe i. W. erzielte 1910/11 nach 21 883 M. Abschreibungen einschließl. 18 487 M. Vortrag einen Reingewinn von 131 141 M. zu folgender Verwendung: Rücklage 5633 M., Gewinnanteile 13 404 M., 6% Dividende = 60 000 M., Vortrag 52 104 M. — Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik G. Sauerbruch, A.-G. in Stuttgart, schlägt eine Dividende von 8% vor bei 143 000 M. Abschreibungen und nach Rückstellung von 22 500 M. für die im Jahre 1916 fällige Lohnsteuer. — Der Aufsichtsrat der vereinigten Königs- und Laurahütte für 1910/11 ergibt nach Abzug der Verwaltungskosten und Anleihezinßen folgende Ziffern: Rohgewinn 6 747 807 M., Abschreibungen 4 736 807 M., Reingewinn 2 011 590 M., Dividende 4%. Der Betriebsgewinn der Werke betrug 8 606 598 M. (t. B. 7 173 748 M. und 1908/09 7 999 226 M. Der Wert der am Schlusse des Berichtsjahres vorliegenden Aufträge belief sich auf 14 575 000 M. gegen 11 848 000 M. vor etwem Jahre. — Die Armaturen- und Maschinenfabrik Westfalia in Gelsenkirchen erzielte 1910/11 einschließl. 18 679 M. Vortrag nach 65 729 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 82 352 M. (38 808 M.) zur folgenden Verwendung: Rücklage 4130 M., Lohnsteuer rücklage 25 000 M., Gewinnanteile 18 775 M., 4% Dividende 60 000 M. und Vortrag 6957 M.

August Bebel macht im zweiten Bande seines Buches „Aus meinem Leben“ folgendes interessante Geständnis: „Die Haltung, die Bismarck und ich bei Ausbruch und während der Dauer jenes Krieges (1870/71, Red.) in und außerhalb des Reichstages einnahmen, ist jahrelang Gegenstand der Erörterung und heftiger Angriffe gewesen. Anfangs auch in der Partei. Aber nur kurze Zeit, dann gab man uns recht. Ich bekenne, daß ich unsere damalige Haltung in keiner Weise bedauere und daß, wenn wir bei Ausbruch des Krieges bereits gewußt hätten, was wir im Laufe der nächsten Jahre auf Grund amtlicher und außeramtlicher Veröffentlichungen kennen lernten, unsere Haltung vom ersten Augenblicke an eine noch schroffere gewesen sein würde. Wir hätten uns nicht, wie es geschah, bei der ersten Geldforderung für den Krieg der Zustimmung enthalten, wir hätten direkt gegen dieselbe stimmen müssen.“

Damit vergleiche man einmal die Haltung der Sozialdemokratie in Jena. Aus taktischen Gründen gerierte man sich da in der Rolle des unerschütterlichen Löwenmenschen; man darf ja die Mitläufer so kurz vor den Reichstagswahlen nicht kopfschütteln machen. Trotzdem aber wird nach wie vor das Geheul der Klassenkassette lustig weiter geschrien. Jede Gelegenheit dazu wird an den Haaren herbeigejerrt. Das Schlimmste an der ganzen Sache aber ist, daß es meist gerade Arbeiter sind, die sich noch in Massen durch das demagogische Geschwätz der roten „Weltverbesserer“ von der so notwendigen praktischen Arbeit zur Verbesserung ihrer Lage abhalten lassen.

Wenn es um die Futterkrippe geht, dann werfen die Genossen alle Grundzüge über Bord und verleugnen sogar ihr Evangelium von der Brüderlichkeit. Wir lesen darüber in der „Rheinischen Zeitung“ in einer Notiz aus Frankfurt: „Sozialdemokratische Tabakarbeiter gründeten vor einiger Zeit in Stuttgart eine Zigarettenfabrik auf genossenschaftlicher Grundlage, die den Namen „Taggen-Genossenschaft“ führt. Hefische, der Sozialdemokratie angehörige Arbeiter gründeten darauf in Langen die „Ar-Genossenschaft“ zur Herstellung von Zigaretten. Bald entspann sich zwischen beiden Gründungen ein erbitterter Konkurrenzkampf. In einer Zuschrift, die der hier erscheinenden Kleinen Presse aus Genossenschaftskreisen der heffischen Fabrik zugeht, wird behauptet, daß die Stuttgarter auf rücksichtslosste Kunden abtreiben und sich dazu sogar der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre bedienen würden; auf jede Weise bemühe man sich, eine ganze Anzahl von organisierten Arbeitern brot- und erwerbslos zu machen und sie dem Hunger und Elend zu überantworten. Eine Hauptrolle hierbei spiele die sozialdemokratische Presse. Und dabei seien nicht nur die Genossenschaftler und ihre Angestellten in Langen sämtlich Mitglieder der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft, sondern es würden hier auch bedeutend höhere Löhne als in Stuttgart bezahlt. Die Folge dieses edlen Wettbewerbs besteihe sowohl im Austritt einer Anzahl Langener Genossen aus Partei und Gewerkschaft, als auch, wie das genannte Blatt noch erzählt, in der Schließung der Langener Zigarettenfabrik.“ — Wie man sieht, werden die Genossen schon immer reifer für den Zukunftsstaat.

Intime Dinge vom Mauerstrah in der Sozialdemokratie plauderte, laut „Rheinische Zeitung“ Nr. 228/11 der Berliner Parteifunktionär Genosse Weis aus. Wir lesen da u. a.: „Er (der Parteitag, Red.) hat aber auch Vorklänge gezeigt, auf die das Augenmerk der Genossen gelenkt werden muß. Die Kämpfe zwischen Radikalen und Revisionisten haben Formen angenommen, die eine Verständigung zwischen beiden Richtungen ausschließen muß, wenn es so weiter geht. Auf dem Magdeburger Parteitag führte der Gegensatz zwischen rechts und links dazu, daß jede der beiden Richtungen besondere Sitzungen abhielt, in denen sie Stellung nahmen zu den Fragen, die den Parteitag beschäftigten, und dann im Plenum durch die Abstimmung ihre Macht zum Ausdruck brachten. Es lagte also die rechte Seite besonders und die linke Seite ebenfalls und im Plenum wurde dann die eine Seite durch die andere niedergestimmt. Auf dem Magdeburger Parteitag ist ein Ausschluß der Linken — der sogenannte Wochsfahrtsausfluß — eingeführt worden, der die Aufgabe hat, Zusammenkünfte der Linken, wenn sie sich nach der Sachlage notwendig erweisen, zu veranlassen. Am ersten Sonntag in Jena trat der in Magdeburg eingeführte Wochsfahrtsausfluß, der sozusagen eine Nebenregierung in der Partei bildet, wieder zusammen. Es handelte sich in der Hauptsache um die Absicht, fast den ganzen Parteivorstand zu stürzen. Für solche hinterlistige Umwürzung konnte ich mich nicht erwärmen. Ich billige es nicht, daß die rechte Seite besonders zusammentritt, um die linke Seite zu überstimmen, was kann es deshalb auch nicht billigen, wenn die Linke daselbe tut. Durch das Nebeneinanderliegen von zwei getrennten Parlamenten muß doch der Zwist in der Partei verstärkt werden. Dadurch wird der Konfliktstoff derart angehäuft, daß, wenn diese Taktik noch auf drei bis vier Parteitagen fortgesetzt wird, die Spaltung der Partei die notwendige Folge ist.“

Dazu schreibt die „Rheinische Zeitung“ u. a.: „Dieser parteiunwürdigen Sonderbündelerei muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Sonst sind beim Parteitag überhaupt noch

nötig, wenn alles hinter den Kulissen geschehen wird und alle Diskussionen in den öffentlichen Sitzungen nur mehr zur Unterhaltung für das Publikum da draußen im Lande gepflogen werden?“

Hatten wir nicht Recht, wenn wir von den sozialdemokratischen Parteitagen der Ansicht waren, daß dort die Kulissenschieberei direkt ein groß betriebenes würde, um den blindgläubigen Genossen draußen im Lande ein Märchen von der Einigkeit vorzuführen zu können?

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist sozialdemokratisch. Das beweist die „Metallarbeiterzeitung“ einmal wieder in ihrer Nr. 40. Bei der Besprechung des Düsseldorf Reichstagswahlresultates läßt sie den letzten Schiefer fallen und schreibt:

„Außerdem hat der sozialdemokratische Kandidat noch ungefähr 1800 Stimmen neu gewonnen, und wir dürfen uns dieses Sieges um so mehr freuen.“

Diese Freude gönnen wir ihr und den ihren natürlich, ist doch dazu aus der Düsseldorf Lokalkasse des sozialdemokratischen „deutschen“ Metallarbeiterverbandes der Mammon geliefert worden. Wir sind neugierig, ob der Bezirksleiter des sozialdem. Metallarbeiterverbandes, Genosse Spiegel-Düsseldorf, im Sauerland seinen Verband weiter als neutrale Organisation ampreißt, wie das in Warstein, Bontkirchen usw. geschah.

Urges Beschwerden breiten den Sozialdemokraten die Vereinbarungen unseres Verbandes mit dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Nachdem die sozialdemokratische Presse dieses Willkommen in allen Partikularverhältnissen und verlobt hat, steht das „Correspondenzblatt“ die Umwägungen seinen Lesern in Nr. 40 vom 7. Oktober vor. Dann aber geht es los. Es soll unser Verband eine „stagnierende Zersplitterungsorganisation“ sein. Et, el mit einer Steigerung seiner Mitgliederzahl von 24 000 auf 42 000 in 1 1/2 Jahren, also um rund 18 000 Mitglieder, dürfte der christliche Metallarbeiterverband doch wohl nicht zu den „stagnierenden“ Organisationen gehören. Also damit ist es nichts! Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ behauptete in ihrer Nr. vom 27. September, das Bündnis richte sich nur gegen den deutschen Metallarbeiterverband. Das „Correspondenzblatt“ will aber wissen, es richte sich nur „schembar“ gegen den Deutschen Metallarbeiterverband. Dann wird behauptet, „das ganze Willkommen hat, wie augensichtlich, nur äußerlich einen gewerkschaftlichen Zweck, in Wirklichkeit dient es politischen Zwecken.“

Wie haltlos diese Kombination ist, sagen die Vereinbarungen unter Ziffer 3, wo es heißt: „Eine Einwirkung auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ist ausgeschlossen.“ Es zeigt sich auch im „Correspondenzblatt“ das Bestreben, dem Willkommen unter allen Umständen andere Motive zu unterschieben. Dabei versucht man noch, den S.-D. Gewerksvereinen eine Mitleidsrolle zu zeigen und bedauernd heißt es: „Die Gewerksvereine selbst werden dabei, fürchten wir, keine Seide spinnen.“

Wenn die Furcht in einem Blatte der Genossen so ausgebrütet wird, dann zerlaufen die Kollegen vom S.-D. Gewerksverein sicherlich vor Rührung ob dieses warmen Mitgeföhls. Es braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung zur Genüge gelehrt hat, welche „Freundschaft“ die Gewerksvereine auf sozialdemokratischer Seite zu erwarten haben. Eben diese „Freundschaft“ und dieses „Mitgeföhls“ sind es ja gewesen, die mit dazu beitrugen, die Vereinbarungen zwischen christlichen und kirchlich-Dunderschen Metallarbeitern zu schaffen und mit vereinten Kräften eine Wootosmadung nichtsozialdemokratischer Arbeiter zu verhindern und dem Terror der Genossen Einhalt zu tun. Daß die Umwägungen auch von den Genossen so gewertet werden, zeigt uns das sozialdemokratische Geschimpfe. Darum taten wir recht so!

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Lohnbewegung in der Bielefelder Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie.

Die Arbeiter der Firmen Märkop u. Co., W. et. Kempel, Koch u. Co., W. et. Körte und Krennker u. Co. hatten sich am 21. September in fünf öffentlichen Versammlungen, die alle überfüllt waren, dahin ausgesprochen, daß in der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie ginstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden müßten. In allen Versammlungen, in denen Vertreter der beteiligten Organisationen referierten, wurden einstimmig nachstehende Forderungen formuliert, um sie den in Frage kommenden Werken zu übermitteln.

- 1. Vorschläge zur Regelung der Arbeitsbedingungen: 1. Für alle Arbeiter, Lohn- und Akkordarbeiter werden Einstellungs- und Lohnhöhen festgesetzt mit der Maßgabe, daß der Einstellungslohn bei volljährigen Arbeitern nicht unter 40 Pfg. pro Stunde betragen soll. Die Festsetzung eines Stundenlohnes für Akkordarbeiter erfolgt in der Weise, daß der bisher erzielte durchschnittliche Wochenverdienst auf 54 Stunden umgerechnet wird. 2. Die Akkordsätze sollen so gestellt sein, daß der Arbeiter einen den Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann. Akkord, die bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeit verbrauchten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, werden erhöht. 3. Die in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter erhalten eine Zulage von 4 Pfg. pro Stunde. 4. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung wird allen in Lohn beschäftigten Arbeitern ein Aufschlag von 2 Pfg. pro Stunde gewährt. 5. Bei schlechtem Geschäftsgang soll, bevor wegen Arbeitsmangel Entlassungen erfolgen, die Arbeitszeit bis auf sieben Stunden vermindert werden. Grundätzlich wird zugestanden, daß erkrankte oder zu militärischen Übungen eingezogene Arbeiter nicht entlassen werden sollen.

Zum Schluß wurden die Wünsche der Arbeiter in folgender Resolution zusammengefaßt, welche einstimmig angenommen wurde:

„Der im Jahre 1906 aus Anlaß der Beendigung der Lohnbewegung in den Betrieben der Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradindustrie von den Arbeitern ausgesprochenen Erwartung, daß die Fabrikleitungen eine angemessene Erhöhung der Akkordsätze dort eintreten lassen würden, wo trotz angestrengtester Arbeitsweise ein auskömmlicher Verdienst nicht zu erzielen sei, ist von den Fabrikleitungen nicht entsprochen worden. Dagegen sind in mehreren Fabriken in den Jahren des wirtschaftlichen Niederganges Herabminderungen der Akkordsätze vorgenommen worden, ohne daß durch die Einführungen technischer Verbesserungen, oder vereinfachter Arbeits-

methoden den Arbeitern ein Ausgleich geschaffen worden wäre. Die Wirkung der Abfordrungen war in den meisten Fällen dann noch eine Schwächung des Verdienstes. Statt einer Aufbesserung der Arbeiterinkommen sind also in nicht geringem Umfange Verschlechterungen eingetreten.

Zugleich haben die Preise für Wohnungsmieten und Lebensmittel eine weitere Steigerung erfahren, auch die meisten anderen Verbrauchsgegenstände, wie Kleidungsstücke und Hausgeräte sind im verflochtenen Jahrfort teurer geworden. Dadurch sind auch die Staats- und Gemeindefinanzen nicht unwesentlich gestiegen. Eine Erhöhung der Lohn- und Abfordrungen für die Arbeiter ist darum zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden. Insbesondere bedürfen die Lohn- und Abfordrungen einer beträchtlichen Aufbesserung, die es den Arbeitern nicht ermöglicht, eine auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügende Lebenshaltung zu führen.

Die Verammelten beauftragen daher die Leitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Deutschen Koloniarbeiterverbandes und des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die für den Betrieb gewählte Arbeitervertretung, mit der Organisation der Arbeitgeber bzw. der Fabrikleitung in Verhandlungen zu treten, um eine den gebliebenen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen entsprechende Erhöhung der Lohn- und Abfordrungen herbeizuführen.

Eine weitere erhebliche Steigerung hat im letzten Jahr die Intensität der Arbeit erfahren, und die Arbeitsleistung, d. h. die Ueberleistung in einzelnen Berufen ist in vielen Arbeitsstätten noch vollkommener durchgeführt worden. Der dadurch dem Arbeiter zufließende Zuschlag seiner körperlichen Gesundheit und seinem geistigen Wohlbefinden kann nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit begegnet werden. Die Verammelten erklären daher den Leitungen, mit den Arbeitgebern auch über die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit in Verhandlung zu treten.

Endlich bezeichnen die Verammelten die Sicherung und die Geltung des Arbeitsverhältnisses als einen der wichtigsten Punkte, der der dringlichsten Regelung bedarf. Die in den Arbeitskämpfen 1908—1909 in mehreren Fabrikbetrieben vorgenommenen Arbeiterentlassungen sind von den Arbeitern als ungerechtfertigt und unnötige Härten empfunden worden, umso mehr, als sich die Arbeiter bei Säufung von Arbeitsaufträgen nach niemals gewöhnt hatten. Ueberstunden zu leisten. Als Anerkennung dieser Haltung hätten die Arbeiter erwarten dürfen, daß bei eintretendem Arbeitsmangel die Arbeitszeit in den Betrieben vermindert worden wäre, bevor Entlassungen erfolgten. Das ist indessen nicht geschehen, trotzdem verschiedentlich in Einlagen an die Fabrikleitungen darum gebeten wurde. Zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit kann es aber nicht beitragen, wenn die Arbeiter stets das Gefühl beschleichen muß, daß sie bei eintretendem Arbeitsmangel ungeachtet der im Fabrikbetriebe verbrachten Dienstjahre und ohne jede andere Maßnahme zur Entlassung bestimmt werden. Auch die Entlassung der Arbeiter in Krankheitsfällen, oder bei militärischen Übungen sind bei der Regelung dieses Punktes entsprechend zu berücksichtigen.

Am 22. September wurden den einzelnen Werken die Forderungen übermittle und eine Weisung dem Vizepräsidenten der Arbeitgeber ein übersandt. Dieser hielt am folgenden Tage eine Versammlung ab, auf welcher zu den eingegangenen Forderungen Stellung genommen wurde. Die Antwort der Arbeitgeber eine Abmilderung der Forderungen am 4. Oktober zu und lautet:

„Der Grund für die aufgestellten Forderungen wird angegeben, daß in den letzten Jahren eine Erhöhung der Löhne nicht eingetreten sei, sondern daß sogar in mehreren Fabriken eine Herabminderung der Abfordrungen stattgefunden habe. Diese Behauptung können wir nicht als richtig anerkennen. Wir bitten Sie daher, uns Beweismaterial für Ihre Ansicht zur Verfügung zu stellen.

Andererseits verweisen wir darauf, daß die Maßnahmen in der Industrie vielfach, was den Absatz ihrer Fabrikate anbetrifft, sich in einer keineswegs günstigen Lage befinden, da sie von der auswärtsen Industrie, namentlich von der in Thüringen und Süddeutschland, unterboten wird. Die Löhne in Thüringen und Süddeutschland (Durlach, Karlsruhe) sind infolgedessen erheblich günstiger für die Fabrikation, als die dortigen Fabriken einen sehr hohen Prozentsatz weiblicher Arbeiter beschäftigen, was auf das fertige Fabrikat einen außerordentlichen Einfluß hat. Die hiesige Industrie leidet seit Jahren an diesen Verhältnissen. Vielfach kann daher kein Absatz nur durch die Qualität seiner Maschinen aufrecht erhalten. Wenn also durch eine Lohnbewegung weitere, schlechtere Arbeitsbedingungen für die Fabrikanten entstehen würden, so liegt die Gefahr nahe, daß der Absatz zurückgeht und daß die Arbeitsbedingungen für die hiesige Industrie pernicier werden. Die Hiesigen besseren Fabrikate, wie Rundschiffmaschinen und dergl. fallen schon jetzt beim überseefischen Export vollkommen aus, da die großen Exporteure die Preise stets zu hoch finden und billig einkaufen wollen. Diese Tatsachen sind wir bereit, jederzeit durch Unterlagen zu erläutern.

Daß die Nähmaschinenindustrie nicht außergewöhnlich rentabel und eine Ueberproduktion an Nähmaschinen vorhanden ist, beweist der Umstand, daß die niedergeberrante Nähmaschinenfabrik von Opel nicht wieder aufgebaut werden soll.

Ähnlich wie in der Nähmaschinenindustrie liegen die Verhältnisse in der Fahrradindustrie. Die Ueberproduktion und die Preisverfallerei ist, wie allgemein bekannt, in diesem Industriezweige noch schlimmer als in der Nähmaschinenindustrie.

Im Gegensatz zu unseren vorstehenden Ausführungen den Nachweis einer günstigen Geschäftslage unserer Nähmaschinen- und Fahrradindustrie aus den hohen Dividenden einzelner Aktiengesellschaften dieses Industriezweiges zu folgern, ist nicht richtig. Daß einzelne Werke auch in schlechteren Jahren hohe Dividenden zahlen können, ergibt sich lediglich aus der Tatsache, daß diese Firmen durch eine weise Finanzwirtschaft von den Gewinnen früherer günstiger Jahre große Kapitalien zurückbehalten haben, die in den Betrieben mitarbeiten und die Dividenden mitbestimmen. Beispielsweise hat die Firma Dürrkopff & Co. nominell ein Aktienkapital von 3 Millionen Mark. In dem Werke stehen aber nicht 3 Millionen, sondern 13 Millionen Mark, wie die Bilanzen erweisen. Wenn also die Firma Dürrkopff & Co. bei ihrem Aktienkapital von 3 Millionen Mark 28 Prozent Dividende zahlt, so verzinst sich tatsächlich das gesamte, in dem Betriebe stehende Kapital von 13 Millionen Mark nur mit 5 drei Fünftel Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den übrigen Fabriken. Von einer übermäßigen Verzinsung der Industrierente kann also keine Rede sein.

Was die Forderung eines Einkellungslohnes anlangt, so ist diese nicht diskutierbar, da ein Einkellungslohn nicht nur die erforderliche Lebenshaltung des Wer-

kes beschränkt, sondern auch bei der Einstellung der Arbeiter eine die strengere Durchscheidung bezüglich der Leistungsfähigkeit bedingende würde. Es würde also die Verschärfung dieser Forderung nicht nur den Fabrikanten schädigen, sondern auch den Arbeitern Nachteile bereiten.

Bei der Lohnbewegung, die in Leipzig, Chemnitz und Thüringen soeben beendet worden ist, hat sich der Kampf auch um die Arbeitszeit gedreht. Die Arbeitszeit, die dann von den Arbeitern bei der Einigung erzielt wurde (56 Stunden) übertrifft aber erheblich die jetzt von den hiesigen Gewerkschaften geforderte Zeit (54 Stunden). Die Forderung einer wesentlichen Reduktion der Arbeitszeit in den Werken der hiesigen Nähmaschinen- und Fahrradindustrie (jezt 60 1/2 Stunden) läßt daher nicht rechtfertigen, zumal, wie oben bereits geschildert, die wirtschaftliche Lage der betretenden Werke ohnehin schon sehr schwierig ist.

Daß diese Lage günstige Aussichten auf die Zukunft nicht zuläßt, ergibt sich aus der bestehenden politischen Ungeklärtheit, aus dem schlechten Ernteausfall dieses Jahres und anderen Schwierigkeiten, die in den Beziehungen der Nationen zu einander liegen. Es ist also der jetzige Zeitpunkt für die Bewilligung erheblicher Lohnaufbesserungen sehr ungeeignet. Dabei haben wir aber durchaus auf dem Standpunkte, daß die Arbeiter an sich die gleiche Lohnhöhe haben müssen, wenn ihre Leistungsfähigkeit erhalten bleiben soll. Wie bereits oben angedeutet, sind wir der Ansicht, daß die Löhne im allgemeinen als den hiesigen Verhältnissen angemessen anzusehen sind, zumal da die Löhnerung bisher in unserem Bezirk noch nicht in so hohem Maße wie in anderen Bezirken in die Erscheinung getreten und die Arbeiterschaft auch sonst in den hiesigen Fabriken besser als in denen der anderen Bezirke gestellt ist. Wenn wir trotzdem bereit sind, wegen der gestellten Forderungen, soweit diese für uns überhaupt diskutierbar sind, in Verhandlungen zu treten, so bitten wir dies als Beweis dafür anzusehen, daß wir bereit sind, die bestehenden Differenzen in Frieden beizulegen.

Auf dieses Antwortschreiben hin fanden ebenfalls wieder fünf Arbeiterversammlungen statt, die wie die ersten glänzend besetzt waren. Die Kollegen waren sämtlich durch die Preisänderungen nicht zufrieden, sie hoffen aber, daß die Arbeitgeber sich in den folgenden Verhandlungen zu einem Zugeständnisse bereit erklären, da schon bei der Forderung der Forderungen weitestgehende Rücksicht auf die Verhältnisse der hiesigen Industrie genommen wurde.

Die Verhandlungen über die Forderungen sind, wie verlautet, am 9. Oktober beendigt. Wenn die Arbeitgeber es nun an dem nächsten Entgegenkommen nicht fehlen lassen, wird es nicht schwer sein, die Differenzen zu beiderseitiger Zufriedenheit beizulegen.

Hilfedorf. Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit ist beendet. Der Kampf auf den Werken De Fritz, Ernst Schick, Rosenhausen, Schult, P. He-Sorfort und Herowerte wurde abgeschlossen, nachdem die Unternehmer alles nach Wiederaufnahme der Arbeit zu bewilligen in Aussicht stellten. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, gleichfalls erhalten sämtliche Arbeiter ihre alten Rechte wieder. Damit ist die große Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit, auf 9 1/2 Stunden oder 57 Stunden pro Woche; Reduktion eines Ausgleichs von 5 Prozent, Verbessehung der Ueberzeitarbeit mit 25 Prozent für Tages-, 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit und Einkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit beendet. Die Sperre über die hiesigen Betriebe ist aufgehoben.

Die Erfolge dieser Metallarbeiterbewegung werden nicht betraffen werden können. Zum ersten Male zeigte sich die organisierte Arbeit um ihre Lage zu verbessern auch in den anderen Betrieben der hiesigen Industrie. — 4900 Metallarbeiter in 42 Betrieben erzielten eine Arbeitsverteilung von 718 800 Stunden oder 71 800 Arbeitsstätten. Bis hier muß ein Lohnausgleich 374 400 Mark erzielt werden. Außerdem ist die Ueberzeitarbeit geregelt, so daß in diesen Betrieben keine Ueberstunden ohne den Aufschlag geleistet werden. Die Erhöhung der Abfordrungen kann hier nicht betrachtet und der Wert der wöchentlichen Lohnaufbesserungen für den Arbeitslohn nicht genau herangezogen werden. Die hiesigen Kollegen sind nicht unterlegen, haben sie auch nicht den Erfolg zu verzeichnen, wie die anderen Kollegen, die ohne Kampf den Sieg errangen, so sind ihre Forderungen nicht beträchtlich gekürzt worden. Der Erfolg wird auch für sie nicht ausbleiben: diese Zuerst konnte man aus der guten Haltung und Stimmung des Einzelnen heraussehen. Auch die Leitungen der bestellten Firmen sind, mit einer einzigen Ausnahme, den Kommissionen äußerst freundlich entgegen gekommen.

Zum ersten Male wurde bei diesem Kampfe hier eine Arbeiterorganisation angegriffen, deren Leitung nichts von Arbeiterrechten und Anerkennung der Arbeiterorganisationen wissen will. In der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen befinden sich die Herren Kieckhoff, Stinnes, Thyssen und Krupp, denen so ziemlich das ganze rheinische Industriegebiet unterstellt ist. Nachdem man nun erachtet hatte, daß keine derartige Zugeständnisse während der Dauer des Kampfes gemacht werden, konnte der einzelne Unternehmer offenkundig nichts mehr bewilligen, da ihm sonst die ganze Streikbewegung entgehen worden wäre. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich hierauf einrichten wissen und trotz des unsozialen Standpunktes dieser Gruppe ihre berechtigten Forderungen durchsetzen wissen.

Hierzu gehört eine längere Zeit organisierte, gut geschulte Metallarbeiterchaft, die zu jeder Zeit bereit ist, den rechten Augenblick zur Geltungmachung ihrer berechtigten Forderungen zu benutzen. Darum darf jetzt die christliche Metallarbeiterchaft den weiteren Ausbau der Organisation nicht lassen, wohl wissend, daß nur die finanzielle Stärke der Haupt- und Beistandigen den Erfolg garantieren. Kein christlicher Metallarbeiter, der diesen Kampf mitgemacht hat, wird je seiner Organisation den Rücken wenden, sondern zu ihr stehen und mitwirken, daß unsere Reihen sich vergrößern, damit wir immer größeren Einfluß gewinnen zum Wohle der gesamten Metallarbeiterchaft.

Schwab-Gmünd. Nach mehreren Wochen harten Kampfes ist nunmehr die Bewegung der Firma Schwab und Schweizer mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Forderungen der Kollegen in materieller Hinsicht waren eigentlich schon nach der 1. und 2. Streikzeit erfüllt, was die Firma anerkannt worden, aber — die Firma glaubte sich nun durch die Bewegung für das den Arbeitern Zugeständnisse schadenfallig zu müssen. Die Arbeiter hatten indes für die Zeit kein Verständnis. Wohl haben sie den Streik auf — nicht über die Sperre. Da infolgedessen der Streik auch über die Firma mit den Elementen, die sie als Ersatz für die Gewerks-

ten weiter beschäftigen wollte, nicht vorwärts kommen konnte, gab sie nach. Die gewöhnlichen Klagen wurden wieder eingestellt. Damit ist ein Kampf beendet, der der Firma bei der fleißigen Beweuerung ihrer Linie Sympathie eingetragen hat und den sie sich sehr gut hätte ersparen können. An Bedingungen um einen friedlichen Verständigung hat es sich nicht gehalten. Trotzdem versuchte die Firma durch Erlassen in der Presse unersamer Verbände und seine doppelte Stellung bei der Öffentlichkeit zu verächtigen. Ein vergebliches Beginnen.

Das Ergebnis dieses Kampfes für die Arbeiter ist folgendes: 9 1/2 stündige Arbeitszeit (gegen früher 10 Stunden), Garantie der Stundenlohn; Vergütung für unverschuldeten Fehltag; Ueberzeitung der Stundenlöhne, Vermeidung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit mit 25, bzw. 50% Zuschlag. Mit Bestimmtheit darf erwartet werden, daß diese Zugeständnisse nun auch praktisch durchgeföhrt werden; den Arbeitern ist wahrscheinlich mehr gelegen an geordneten Verhältnissen als an den ständigen Kämpfen. Dieser Ausgang der Bewegung ist aber auch noch in anderer Hinsicht interessant. Vor 2 1/2 Jahren führte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bei dieser Firma einen Kampf wegen Maßregelung seiner Mitglieder, die von der Firma die Einkeltung seiner Ueberstunden herauslang hatten. Dieser Streik wurde erfolglos angegangen, man hoffte es bei der Verkürzung der Sperre bewenden; Erfolg gleich Null. Der rote Ueberhand mit dem „roten“ Rand steigt noch heute wie ehemals das Licht seiner Macht in allen Variationen. Lassen wir ihn weiter singen. Während er sich selbst von den Aufwärtenden seiner „Macht“ erhebt, haben wir Zeit und Mühe, das zu tun, was er nicht fertig bringt nämlich: praktische Erfolge für die Arbeiter zu erringen. Aufgabe unserer Gewerkschaften ist es aber nun auch, diese Erfolge in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen und die Konsequenzen zu ziehen. Die Werksarbeit zur wahren Geltung und Ueberwindung unserer Verbände darf auch in Zukunft nicht erlahmen, wenn wir praktische Erfolge für uns herausbringen wollen. Wir wollen, welche Kämpfe uns in der Edelmetallindustrie vielleicht schon in naher Zeit noch bevorstehen. Die Arbeiter, welche jetzt schon lähmend auf den Gefäßgang sturzen, müssen dem denkenden Arbeiter eine ernste und einbringliche Mahnung sein, alle Kräfte auf den Ausbau seiner Organisation, seiner besten Schutzwehr im Wirtschaftskampfe zu konzentrieren. „Der kluge Mann baut vor.“ Darum an die Arbeit!

Rur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuschicken, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zeitungsort.

Schlöß-Holte. Auf der „Holler Ellenhütte“ (Ruh Tr. S. Tenna) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Reichsaufklebern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Siegen. Ueber die Elektrizitätsgesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreis Mees). Auf dem Tüdel- und Malmerl Prinz-Leopoldshütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugang von Puddlern und Walwerarbeitern ist fernzuhalten.

Widbeydt. Ueber die Firma Mag Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Annen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen wurde wegen raudoer Behandlung der Arbeiter und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die Elektromonteurs stehen im Streik. Zugang fernzuhalten.

Barmen-Glberfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Tuttlingen. Bei der Firma A. Schwellhardt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Schwelm. Bei der Firma Schubeis stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abstellung von Mißständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

W. Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal- Bauanstalt und Eisenblecherei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft wegen vorliegender Differenzen ausgepersert. Zugang von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Weypen. Die Weypener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Welschkirchen. Die Firma Böder u. Co. ist für Werkzeugmaschinen gesperrt.

Trier. Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik. Zugang von Klempnern, Installateuren und Schlossern ist fernzuhalten.

Wittlingen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Dyalern ist streng fernzuhalten.

S. Ein-Chrenfeld. Auf der hiesigen Maschinenbauanstalt stehen die Arbeiter im Streik. Zugang ist streng fern zu halten.

Wewelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Koch, Fensterriegelfabrik, stehen im Streik.

Köln-Troisdorf. Die Arbeiter der Metallisch-Werkstätten Sprengstoff A.-G. in Troisdorf stehen wegen Verletzung des Koalitionsrechtes im Streik.

Berlin. Die Berliner Formier und Eisenblecherei arbeiten im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Solingen-Paar. Bei der Firma Hoesling & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schlossern, Hobern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Oktober 1911 der zweihundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober 1911 fällig.

Die Verwaltungsstelle **Welsert** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalzuschlages von wöchentlich 20 Pfa. statt bisher 10 Pfa.

Die Verwaltungsstelle **München** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalzuschlages von 20 Pfa. wöchentlich für erwachsene männliche und 10 Pfa. wöchentlich für jugendliche und weibliche Mitglieder ab 1. November d. J. Die Nichtzahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Stuttgart. Eine Gewerkschaftsliteratur-Ausstellung veranstalteten vom 1. bis 4. Oktober die Stuttgarter christlichen Gewerkschaften in ihrem Verkehrssozial-Parkstraße 3. Am Sonntag fand mittags die Eröffnungsfestfeier statt. Im Hauptausstellungsraum grünen Rahmen in den württembergischen Landesfarben, ferner keine Flaggen der anderen Bundesstaaten, während in einem Palmen- und Lorbeerbaumhain in geschmackvoller Dekoration ein größeres Bild des Führers christlicher Sozialreform auf evangelischer Seite, des Hofpredigers D. Eißler, und eine Waise des Gründers der katholischen Sozialpolitik, Bischof von Ketteler aufgestellt worden sind. Die Literatursammlung umfasst etwa 500 verschiedene sozialpolitische und gewerkschaftliche Schriften. Es berührt angenehm, daß die Literatur sich nicht tendenziös auf eine „Richtung“ beschränkt, sondern den gesunden Standpunkt vertritt, daß man das „Wohlfahrt“ in allen Richtungen suchen soll, um der Wahrheit näher zu kommen. Das Material ist in drei Abteilungen gegliedert. In der ersten Abteilung findet man die Bücher über die allgemeine Sozialpolitik. Hier sind Bücher ausgelegt, die vertrieben werden von der sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland und vom Volksverein für das katholische Deutschland; Schriften über das Koalitionsrecht, über die Tarifvertragsfrage, über das Wohnungswesen, die Heimarbeit und Hausindustrie, ferner über die Arbeitgeberfrage, die Arbeiter- und Arbeiterinnenfrage. Auch die vom Verlag Dietrich (Leipzig) herausgegebenen Büchlein „Kultur und Fortschritt“ liegen aus. Wolf Damaskus vom Bund deutscher Bodenerbauer ist durch sein Werk „Die Geschichte der Nationalökonomie“ und anderen Sachen vertreten. Andere Schriften gehen auf die Arbeitslosenfrage ein. Auch die württembergischen Handelskammern sind durch ihre Jubiläumsschrift und die Handwerkskammern durch ihre Jahresberichte vertreten. In der zweiten Abteilung liegt die Literatur auf, die von der Buchhandlung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften herausgegeben wird und hauptsächlich christliche Gewerkschaftsführer zu Verfasser hat, während in der dritten Abteilung die 22 christlichen Zentralverbände ihre Drucksachen und Literatur ausgestellt haben. Wenn man bedenkt, daß die christlichen Gewerkschaften erst etwas über 10 Jahre in der Zusammenfassung im Gesamtverband bestehen, dann kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie trotz ihrer Jugend auch auf literarischem Gebiete manches Wertvolle geliefert haben. Ein besonderes Interesse beanspruchen auch die in der Ausstellung vorhandenen statistischen Tafeln über die soziale Gesetzgebung, die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und die Stärke der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Im Vorraum der Ausstellung haben die christlich organisierten Maler eine Sonderausstellung ihrer fach- und kunstgewerblichen Produkte veranstaltet, die ebenfalls sehr sehenswert ist. Neben Delgemälden in verschiedenen Größen, die auch verhältnißmäßig sind, werden Holzschnitten, Entwürfe, Zeichnungen usw. gezeigt.

Die Eröffnungsfestfeier der Ausstellung fand im Beisein von etwa 100 Gästen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung Stuttgarts statt. Der Kartellvorsitzende, Arbeitersekretär Wajl hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß die Literatursammlung, die gewiß nicht etwas ganz Vollkommenes bieten wolle, dem diesjährigen sozialen Unterrichtskursus des Kartells, an dem sich ca. 55 jugendliche christliche Gewerkschaftler beteiligen, die Krone aufsetzen soll. Der heutige Tag sei für die Stuttgarter christlichen Gewerkschaften von der größten Bedeutung. Es sei etwas Neues, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, eine solche Ausstellung. Die Literatur der Gewerkschaften muß dem sozial interessierten Publikum durch solche Ausstellungen nach viel mehr zugänglich gemacht werden. Vom Gesamtverband christlicher Gewerkschaften sprach sodann Kartellsekretär Krug (Stuttgart) die Glückwünsche zu dem Gelingen der Ausstellung aus, aus der hervorgehe, daß die christlich gesinnten Arbeiter keine Schlafmützen sind, sondern auf dem sozialpolitischen Gebiete neben den anderen Ständen sich sehen lassen können. Dem vom Willen zu weiterer geistiger Fortbildung besetzten Arbeiter werde die Literatursammlung manche neue Anregung geben. Wissen könne man nur durch das Studium der Literatur, sich neben praktischen Erfahrungen aneignen. Der Gesamtverband werde einen Erfolg der Ausstellung auf das Lebhafteste begrüßen. Es folgte sodann ein Rundgang durch die Ausstellung. Die nötigen Aufklärungen wurden gegeben. Von 2 bis 4 Uhr wurde die Ausstellung, deren Eintritt frei ist für die Angehörigen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und deren Freunde, von ca. 200 Personen besucht.

Des Nachmittags fand dann im Anschluß an die Eröffnungsfestfeier unter sehr zahlreicher Beteiligung in den Sälen des „Römischen König“ ein vom christlichen Gewerkschaftskartell veranstaltetes Festmahl statt, an dem auch als Ehren Gäste Vertreter der Geistlichkeit beider Konfessionen teilnahmen. Der Kartellvorsitzende, Arbeitersekretär Wajl, begrüßte die Ehrengäste, insbesondere die Ehrenäste, unter ihnen Herrn Harter Wirtin von der Evangelischen Gesellschaft und die Herren Expansivwiler Herrmann und Witar Müller. Den Festvortrag sprach Fräulein Ganz. Die Festrede hielt Herr Harter Wirtin. Wir entnehmen ihr, daß die unermessliche Folge der modernen Entwicklung der Produktion es mit sich gebracht habe, daß der Arbeiter nicht mehr wie früher an der Produktion so weitgehend beteiligt sei, sondern vielmehr nur mechanische Teilarbeit zu leisten habe, an einem fortwährenden Fortschritt. Eine Literatursammlung

Stellung christlicher Arbeiterorganisationen — wer hätte daran vor 40—50 Jahren gedacht. Damals galt die Parole: Die Kopfarbeiter — die Handarbeiter. Heute sei das ganz anders geworden. Die Arbeit befruchtet die Bildung, die Bildung veredelt aber die Arbeit. Die Fabrikarbeit gemüht immer mehr Einfluß auf die bildenden Künste. Die Arbeiter sind dabei aber nur Objekt, nicht Subjekt. Sie geben den Künstlern Modelle für die realistische Darstellungswiese Anders sehe es mit dem Einfluß der Fabrikarbeit auf die Wissenschaft, besonders auf die Nationalökonomie. Die Nationalökonomie wirkte hinüber auf die Rechtswissenschaft. Ein neues Arbeiterrecht, ein Arbeiterschutz wurden geschaffen. Im Anfang Objekt werden die Arbeiter immermehr Subjekt. Bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung beteiligten sie sich durch die Organisation. Die Arbeiterbewegung hat einen fruchtbringenden Einfluß auf die Rechtsbildung unserer ganzen deutschen Nation gehabt. In den 60 Jahren seien die Arbeiter in materialistischer Weise erogen worden gegen den Christenglauben in ihren Organisationen, teilweise heute noch. Das ist für die Arbeiterbewegung ein Verhängnis. Hier sieht man die ungeheure Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Sie wollen bei ihrer berufswirtschaftlichen Arbeit festhalten an den religiösen und nationalen Idealen, die unser Volk besitzet und stolz gemacht haben. Am Ausgleich der sozialen Gegensätze zu arbeiten, sei eine große und herrliche Aufgabe. Kommen wir zum sozialen Frieden, dann wird durch die Einordnung der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft diese keine Gefahr mehr sondern eine feste Stütze für den Staat sein. Langanhaltender Beifall folgte diesen interessanten und sehr lehrreichen Ausführungen. Für den unterhaltenden Teil sorgten ein erfolgreich auftretendes Soubrettequartett und die Musikkapelle des katholischen Junglingsvereins St. Nikolaus, die beide recht lebhaft Anerkennung ernteten.

Trier. ... Arbeiter- und Arbeitervereinsammlung veranstaltete unser christlicher Metallarbeiterverband am Sonntag nachmittag in der Bataria. Kollege Gewerkschaftssekretär Sauer-Saarbrücken referierte über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Religion, Staat und Arbeitgeber und vertrat sich im Anschluß hieran über den Verlauf des Streiks der Klempner und Installateure. In einer den Ausführungen des Redners zustimmenden Aussprache wurde folgende Resolution vorgelesen und angenommen:

„Die heute am 24. September 1911 im großen Saal der Bataria tagende Versammlung nimmt aus dem Referat des Gewerkschaftssekretärs Sauer Kenntnis von der Stellung, welche die christlichen Gewerkschaften zur Religion, Politik, Staat und Arbeitgeber einnehmen. Die Versammlung ist sehr lebhaft überzeugt, daß in den christlichen Gewerkschaften nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der christlichen und nationalen Arbeiter gewahrt werden, sondern auch alle idealen Güter des Arbeiters geschützt sind. Die Versammlung fordert deshalb alle nicht sozialdemokratischen Arbeiter von Trier, insbesondere aber die Metallarbeiter auf, sich in noch größerer Zahl als bisher den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Ferner nimmt die Versammlung Kenntnis von dem bisherigen Verlauf des Streiks der Klempner und Installateure. Es wird tief bedauert, daß die Herren Meister von den Gesellen den Austritt aus dem christlichen Metallarbeiterverbande fordern, bevor ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll und aus diesem Grunde der Streik weiter geführt werden muß. Ferner bedauert die Versammlung und protestiert ganz entschieden gegen das Verhalten der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, weil diese Verwaltung dem Klempnermeister Heinrich Langen, bei dem die Gesellen noch im Streik stehen, Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und somit zu unangenehm der streikenden Gesellen in den Kampf eingezogen hat. Die Versammlung spricht den streikenden Gesellen ihre volle Sympathie und Unterstützung aus und fordert sie auf, weiter im Kampfe um das Koalitionsrecht auszuharren.“

München. Die Bewegung in der Rheinmaschinindustrie, die vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einseitig eingeleitet wurde, hat am Freitag, den 22. September ihren Abschluß gefunden, und zwar mit einer Niederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Bei Beginn der Bewegung sagten die Arbeitgeber den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde nebst einer Stunde Arbeitsentwertung pro Woche zu. Die Genossen glaubten jedoch die Forderung von Einstellhöhen mit allen Mitteln durchzusetzen zu können. Als die Arbeitgeber keine Miene zum Nachgeben machten, beschloß der sozialdemokratische Verband in fünf Betrieben in den Streik zu treten. Die Arbeitgeber antworteten hierauf mit einer Auslieferung der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. Um so Kollegen können weiter arbeiten, da wir keine Forderungen gestellt hatten. Eine gemeinsame Aktion hätte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband unmöglich gemacht. Damit war nun selbstverständlich der Haß der Genossen auf der Spitze angelangt. In gemühter Weise wurde der Kampf gegen unsere Kollegen geführt; all in alles konnte nichts nützen. Die Tatsache, daß man die Einigkeit der Arbeiter in solcher leichtfertiger Weise von Seiten des sozialdemokratischen Verbandes mißbraucht hatte, veranlaßte unsere Kollegen, an ihren Arbeitsstellen zu verbleiben. Nun, nachdem der deutsche Metallarbeiterverband das Verwerfliche seiner Taktik einsehen hatte und die Mitglieder des roten Verbandes bei den einzelnen Arbeitgebern ohne Genehmigung des roten Verbandes zu arbeiten anfangen, mußte ein Mittel gesucht werden, um den irreführenden Arbeitern die Ausnahme der Arbeit blausibel zu machen. Es wurde unter den Genossen behauptet, der Metallindustrieverband hätte sich in die Angelegenheit gemischt und es stehe eine allgemeine Aussperrung bevor, da wäre es nicht ratsam, den Kampf weiter zu führen. Unter dieser Vorrede stimmten die Arbeiter nun der Aussperrung der Arbeit zu, und bedingungslos, ohne jegliche Zugeständnisse mußte diese wieder aufgenommen werden. Diese Vorrede hat allemal gezeigt, daß man im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband mit Macht und Großmut die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt. Dabei verlangen die Genossen, die christlichen Arbeiter sollen blindlings folgen. Unsere Kollegen in der Rheinmaschinindustrie sind stets bereit, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, es verlangen sie, ebenfalls ein Wort mitzusprechen, wo es sich um ihre eigenen Interessen handelt. Der alte, roten christliche Arbeiter erhobene Wortwort der Arbeitervereins-

in dieser Bewegung auf den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ist zu kl. Um so Kollegen an der haben die Pflicht, die nötige Aufklärung in die Reihen ihrer Mitarbeiter zu tragen und dafür zu sorgen, daß es einem „Deutschen“ Metallarbeiterverband in München nicht mehr möglich sein wird, durch solche Schritte in unerbittlicher Weise die Arbeit der politischen Sozialdemokratie zu hezorn, wobei die Interessen der Arbeiter gewaltig Schaden leiden.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse.

Magdeburg 35, Bromberg 15, Ransien 28, Trubitz 10, Stettin 150, Zweibrücken 40, Wörth 700, Stuttgart 250, Reims 1000, Perleberg 17,44, Urm 200, Hildesheim 400, Erfeld 275, Altenau 30, Döbe 500, Ditzburg 1010,97, Glogau 0,55, Ganau 61,27, Soilingen 1000, Dortmund 1000, Bonn 100, Pöfcherhammer 53,05, Württemberg 103,07, Hensburg 250, Freiburg 150, Chemnitz 250, Döbe 300, Reims 1000, Hannover 600, Hildesheim 180, Karlsruhe 100, Eßlingen 100, Gelsenkirchen 90, Marzen 2000, M. Gladbach 2123,22, Worms 59, Amberg 400, D. er 150, Mannheim 450, Pagen 830, Bochum 800, Essen 3000, Eisingheim 28,74.

Sterbetafel.

Hamm-Drensteinfurt. Am 3. Oktober starb unter treuer Kollege und Mitbegründer unter Ortsgruppe der Kaiser Christoph Suntrup im Alter von 66 Jahren an Herz- und Leberleiden.
Hildesheim. Am 29. September starb unser treuer Kollege August Kruse im Alter von 18 Jahren infolge eines Unfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 14. Oktober.
- Altenbörde.** Abends 8 Uhr bei Leeder, am Brühl.
 - Angsbura.** Abends 8 Uhr in der Schillingstraße, Wintergasse. Quartierbericht und Neukundenbericht.
 - Rechenburg.** Abends 8 Uhr bei Jos. Braun, Schillingstr.
 - Bremerhafen.** Abends 8 Uhr in der Union. Bericht vom Delegierten tag in Odenburg. Alle erkrheiten.
 - Bromberg.** Abends 8.15 Uhr (mit Frauen) in unserem nunmehrigen Versammlungsort „Schillinghaus Westend“ in Prinzenhof. Ref.: Kollege Winter. Unorganisierte aller Berufe mitbringen.
 - Dortmund I.** Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstraße.
 - Dortmund-Dorffeld.** Abends 8 Uhr bei Sturm.
 - Trübsburg.** Abends 8.30 Uhr bei Gieschen, Bankeimerstraße.
 - Essen.** (Salhofer des Metallgewerbes.) Abends 8.30 Uhr im Restaurant „Stadt Oberfeld“, Siedelort.
 - Hannover.** Abends 8.30 im Arbeiterheim.
 - Hannover-Zarstedt.** Abends 8.30 bei Gastwirt Hohmann.
 - Dattinagen.** Abends 8.30 Uhr bei Knefel.
 - Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Herrenstr. 34 a.
 - Köln-Thronfeld.** Abends 8.15 Uhr bei Norddörfer, Replexstraße.
 - Köln-Sumbold-Kolonie.** Abends 9 Uhr bei Gur, Pfaffstr.
 - Köln-Rell.** Abends 8.15 Uhr bei Hünigeberra, Breuerstraße.
 - Straubing.** Abends 7.30 Uhr im Münchener Hof. Unorganisierte mitbringen.
 - Stuttgart-Suffenhäuser.** Abends 8.30 in der Traube.
 - Tübingen.** Abends 8.30 bei Wv. Lange. Wichtige Tagesordnung.
- Sonntag, den 15. Oktober.
- Bochum-Weitmar.** Vorm. 11 Uhr bei Krell.
 - Dortmund-Derne.** Vorm. 11 Uhr bei Nagel. Referent: Kollege Schneider.
 - Dortmund-Witten.** Vorm. 11 Uhr bei Wibel, Auguststraße. Referent: Kollege Krell.
 - Dudweiler-Berrensdorf.** Nachm. 3 Uhr bei Reiter in Dudweiler, Bahnhofsstraße. Generalversammlung.
 - Düsseldorf-Altendick.** Vorm. 11 Uhr bei Felmee.
 - Düsseldorf-Erbert.** Vorm. 11 Uhr bei Dankeil.
 - Essen-Altenessen.** Nachm. 6 Uhr bei Esler.
 - Essen-Frohnhausen.** Nachm. 6 Uhr bei Postleher.
 - Essen-Kernav.** Nachm. 5 Uhr bei Koppe.
 - Essen-Rellnhausen.** Vorm. 11 Uhr bei Schroer.
 - Essen-Mittelscheid.** Vorm. 11 Uhr bei Pallas.
 - Essen-Stadt.** Abends 8 Uhr im „Alfredshaus“, Frohnhauserstraße.
 - Essen-Stoppenerberg.** Vorm. 11 Uhr bei Kordt, Gallostr.
 - Gelsenkirchen-Bismarck.** Vorm. 11 Uhr bei Wiedel.
 - Hamm-Norden.** Vorm. 11 Uhr bei Wöhl, Bochumerweg.
 - Hamm-Ordnungsverwaltung.** Nachm. 4.30 Uhr Quartiersversammlung bei Heitfeld.
 - Hannover-Misburg.** Nachm. 3 Uhr in „Meiers Garten“.
 - Köln-Zent.** Morgens 11 Uhr, zur Krone Freiheitstr.
 - Köln-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Krahnenberg, Hauptstraße 28.
 - Mainz.** Nachm. 5 Uhr bei Wibel, Karmelitenstr. 12. Referent: Die Kollegen Gabriel Mainz und Scherer-Offenbach. Unorganisierte mitbringen.
 - Mülheim-Buchheim.** Morgens 11 Uhr bei Busch, Frankfurterstr.
 - Mülheim-Sellbrück.** Morgens 11 Uhr bei Kerschbinder.
 - Niederrheinberg.** Mittags 12 Uhr im Gasthaus zur Post. Ref. bei H. Vogt.
 - Waldau.** Mittags 1 Uhr im Apfelbach, Treffpunkt zum Ausflug mit Familienangehörigen. Bei ungenügender Witterung im Versammlungsort. Vollständige Beteiligung Pflicht.
- Dienstag, den 17. Oktober.
- Gelsenkirchen-Süllen.** Abends 6.15 Uhr bei Nachbarshütte.
- Mittwoch, den 18. Oktober.
- Dortmund-Walfrup.** Abends 6.30 Uhr bei Stewerding. Referent: Kollege Krell.
- Donnerstag, den 19. Oktober.
- Dortmund II.** Abends 7.30 Uhr bei Bergermann, Destermärkstr.
- Samstag, den 21. Oktober.
- Wormen.** Abends 8.30 Uhr bei Bundermann, Oberdörnerstraße 69. Erkrheiten Pflicht.
 - Zweibrück-Neudorf.** Abends 8.30 Uhr bei Gaverkamp, Kammerstr.
 - Düsseldorf-Neurath.** Abends 9 Uhr bei Campenighert.
 - Düsseldorf-Bill.** Abends 9 Uhr bei Mengwaßer.
 - Düsseldorf-Derendorf.** Abends 9 Uhr bei Wierling.
 - Essen.** Abends 8.30 Uhr in der Glenda.
 - Gliningsfeld.** Abends 8 Uhr bei Dabreurecht.
 - Hannover-Wülfel.** Abends 8.30 Uhr bei Rosenbusch.
 - Milpe.** Abends 8.30 Uhr bei Ed. Hohenbach, Biederstr.
 - Regensburg.** Abends 8 Uhr in der Fabrikantenbank, Schottenstr.
 - Stuttgart-Cannstatt.** Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Hof“.
- Sonntag, den 22. Oktober.
- Amern St. Anton.** Nachm. 5 Uhr sehr wichtige Versammlung.
 - Zweibrück-Neudorf.** Nachm. 4 Uhr bei Gaverkamp, „Zur deutschen Krone“.
 - Zweibrück-Banheimerort.** Nachm. 5 Uhr bei Koffeys, Biederstr.

Für Elektrizitätsarbeiter!

Ein Verbandskollege beschäftigt das Werk zum Selbststudium „Der Elektriker“ von Bonned und Gachfeld in Potsdam für den halben Anschaffungspreis von 110 Mark zu verkaufen. Gest. Angebote sind zu richten nach Stuttgart, Alleenstraße 27 G. r.